

## **Gesetzentwurf** der Bundesregierung

### **Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungsurkunden vom 24. November 2006 zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992**

#### **A. Problem und Ziel**

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion. Grundlagen sind die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation regeln. Auf der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Antalya 2006 sind eine Reihe von Änderungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch 2002 zuletzt geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion beschlossen worden. Die in Antalya beschlossenen Änderungen sollen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden.

#### **B. Lösung**

Durch den Gesetzentwurf sollen die nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderungen der Konstitution und der Konvention für die Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden.

#### **C. Alternativen**

Keine

**D. Finanzielle Auswirkungen**

## 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Die Kosten für den jährlichen Mitgliedsbeitrag werden wie bisher aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Einzelplans 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie getragen. Länder und Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

## 2. Vollzugaufwand

Vollzugaufwand entsteht nicht, da die Änderungen lediglich die Arbeit der Internationalen Fernmeldeunion betreffen.

**E. Sonstige Kosten**

Der Wirtschaft und insbesondere den mittelständischen Unternehmen entstehen durch die vorliegenden Regelungen keine unmittelbaren Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, treten nicht ein.

**F. Bürokratiekosten**

## a) Unternehmen

Keine Auswirkungen

## b) Bürgerinnen und Bürger

Keine Auswirkungen

## c) Verwaltung

Verwaltungsaufwendungen verbleiben wie bisher; durch Reduktion der Frequenz für die Weltfunkkonferenz von zwei bis drei Jahre auf drei bis vier Jahre ergeben sich geringe Einsparungspotenziale, die jedoch nicht näher quantifiziert werden können.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin, 19. Februar 2010

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungsurkunden vom  
24. November 2006 zur Konstitution und zur Konvention der  
Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG  
ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 866. Sitzung am 12. Februar 2010 gemäß Artikel 76  
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine  
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen





**Entwurf****Gesetz  
zu den Änderungsurkunden vom 24. November 2006  
zur Konstitution und zur Konvention  
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Antalya am 24. November 2006 unterzeichneten Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002), wird zugestimmt. Die Änderungsurkunden sowie die Erklärungen und Vorbehalte vom 24. November 2006 werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

**Artikel 2**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Konstitution ergänzen, sowie Änderungen zu diesen Vollzugsordnungen, die die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste der Internationalen Fernmeldeunion beschließen, in Kraft zu setzen und Regelungen über die Verkündung der Vollzugsordnungen sowie ihrer Änderungen zu treffen.

**Artikel 3**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung bekannt machen.

**Artikel 4**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## **Begründung zum Vertragsgesetz**

### **Zu Artikel 1**

Auf die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch Artikel 2 des Gesetzes ermächtigt wird, Rechtsverordnungen abweichend von Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

### **Zu Artikel 2**

Artikel 2 gibt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Möglichkeit, die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 ergänzen, durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Nach Artikel 13 Absatz 1 und Artikel 25 Absatz 1 der Konstitution können die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste die in diesem Artikel aufgeführten Vollzugsordnungen teilweise oder vollständig ändern. Ihre Beschlüsse müssen jedoch gemäß Artikel 13 Absatz 4 und Artikel 25 Absatz 2 der Konstitution in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen. Damit das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Es ist vorgesehen, dass Rechtsverordnungen zur Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergänzen, nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Denn bei den Vollzugsordnungen handelt es sich um eine nachrangige Rechtsmaterie, deren Inhalt in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention entsprechen muss, denen der Bundesrat im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens bereits zugestimmt hat.

Wegen des großen Volumens der in den Vollzugsordnungen enthaltenen technischen und betrieblichen Detailvorschriften und ihrer großen Änderungshäufigkeit erscheint eine anderweitige gesetzliche Regelung im Sinne von Artikel 82 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes bezüglich der Verkündung der Rechtsverordnungen – nämlich der Verzicht auf eine vollständige Verkündung im Bundesgesetzblatt – geboten. Auch dann sind die vollständigen Texte dem Bürger jederzeit zugänglich, da die vorgesehene Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt verkündet wird und in der Rechtsverordnung eine Regelung über die anderweitige Verkündung der betroffenen Vollzugsordnungen enthalten ist.

### **Zu Artikel 3**

Nach Artikel 3 kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die geänderte Fassung in der Neufassung bekannt machen.

### **Zu Artikel 4**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

### **Schlussbemerkung**

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Artikel 28 der Konstitution einen Beitrag zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion zu leisten. Dieser Beitrag, dessen Höhe von den Ausgaben der Union abhängig ist und der zurzeit etwa 6 Millionen Euro pro Jahr beträgt, wird aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Einzelplans 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Techno-

logie gezahlt. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Gesetzentwurf verursacht bei der Wirtschaft, insbesondere bei den mittelständischen Unternehmen, keine unmittelbaren Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise bzw. das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, treten nicht ein.

Verwaltungsaufwendungen verbleiben wie bisher; durch die Reduktion der Frequenz der Weltfunkkonferenz von zwei bis drei Jahren auf drei bis vier Jahre ergeben sich geringe Einsparungspotenziale, die jedoch nicht näher quantifiziert werden können.

Schlussakten  
der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten  
(Antalya 2006)

Änderungsurkunde  
zur Konstitution und zur Konvention  
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992),  
geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994),  
durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)  
und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002)

Actes finals  
de la Conférence de plénipotentiaires  
(Antalya, 2006)

Instrument d'amendement  
à la Constitution et à la Convention  
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)  
telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994),  
par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)  
et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002)

**Notations marginales utilisées dans les Actes finals**

Les modifications adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) par rapport aux textes de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992), telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), sont précédées des annotations marginales suivantes:

- ADD = adjonction d'une nouvelle disposition
- MOD = modification d'une disposition existante
- (MOD) = modification de forme d'une disposition existante
- SUP = disposition supprimée
- SUP\* = disposition déplacée à un autre endroit dans les Actes finals
- ADD\* = disposition existante retirée d'un autre endroit des Actes finals pour être placée à l'endroit indiqué

Ces annotations sont suivies du numéro de la disposition existante. Une nouvelle disposition (symbole ADD) s'insère à l'endroit correspondant au numéro de ladite disposition, suivie d'une lettre.

*(Übersetzung)*

**Zeichen am Rand der Texte der Schlussakten**

Die Änderungen, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) im Vergleich zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) geänderten Texten der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) angenommen wurden, sind mit den folgenden Zeichen am Rand versehen:

- ADD = Hinzufügung einer neuen Bestimmung
- MOD = Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- (MOD) = redaktionelle Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- SUP = Streichung einer vorhandenen Bestimmung
- SUP\* = Verschiebung einer vorhandenen Bestimmung an eine andere Stelle in den Schlussakten
- ADD\* = Hinzufügung einer vorhandenen Bestimmung von einer anderen Stelle der Schlussakten an die angegebene Stelle

Diesen Zeichen folgt die Nummer der vorhandenen Bestimmung. Eine neue Bestimmung (Zeichen ADD) ist an der Stelle eingefügt, die der Nummer der betreffenden Bestimmung entspricht; der Nummer ist ein Buchstabe beigefügt.

(Übersetzung)

## Table des matières

## Inhaltsverzeichnis

<p align="center"><b>Instrument d'amendement à la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002)</b></p>		<p align="center"><b>Änderungsurkunde zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenz der Regierungsbevoll- mächtigten (Kioto 1994), durch die Konferenz der Regierungsbevoll- mächtigten (Minneapolis 1998) und durch die Konferenz der Regierungs- bevollmächtigten (Marrakesch 2002)</b></p>	
<p align="center">(Amendements adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006))</p>		<p align="center">(Von der Konferenz der Regierungs- bevollmächtigten (Antalya 2006) angenommene Änderungen)</p>	
<p align="center">Partie I</p>		<p align="center">Teil I</p>	
<p align="center">Avant-propos</p>		<p align="center">Vorwort</p>	
<p align="center">Chapitre I</p>		<p align="center">Kapitel I</p>	
<p align="center">Dispositions de base</p>		<p align="center">Grundlegende Bestimmungen</p>	
	Article		Artikel
Secrétariat général	11	Generalsekretariat	11
<p align="center">Chapitre II</p>		<p align="center">Kapitel II</p>	
<p align="center">Secteur des radiocommunications</p>		<p align="center">Sektor für das Funkwesen</p>	
Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications	13	Funkkonferenzen und Funkversammlungen	13
<p align="center">Chapitre V</p>		<p align="center">Kapitel V</p>	
<p align="center">Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union</p>		<p align="center">Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union</p>	
Finances de l'Union	28	Finanzen der Union	28
Langues	29	Sprachen	29
<p align="center">Partie II</p>		<p align="center">Teil II</p>	
<p align="center">Date d'entrée en vigueur</p>		<p align="center">Zeitpunkt des Inkrafttretens</p>	
Formule finale		Schlussformel	
Signatures		Unterschriften	

**Instrument d'amendement  
à la Convention de l'Union internationale  
des télécommunications (Genève, 1992)  
telle qu'amendée par la Conférence  
de plénipotentiaires (Kyoto, 1994),  
par la Conférence  
de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998)  
et par la Conférence  
de plénipotentiaires (Marrakech, 2002)**

(Amendements adoptés  
par la Conférence de plénipotentiaires  
(Antalya, 2006))

## Partie I

## Avant-propos

## Chapitre I

## Fonctionnement de l'Union

	Article
Elections et questions connexes	2
Le Conseil	4
Secrétariat général	5
Comité de coordination	6
Bureau des radiocommunications	12
Bureau de la normalisation des télécommunications	15
Conférences de développement des télécommunications	16
Groupe consultatif pour le développement des télécommunications	17A
Bureau de développement des télécommunications	18
Participation d'entités et organisations autres que les administrations aux activités de l'Union	19
Recommandations adressées par une conférence à une autre conférence	21

## Chapitre II

Dispositions particulières  
concernant les conférences et les assemblées

Admission aux Conférences de plénipotentiaires	23
Admission aux conférences des radiocommunications	24
Admission aux assemblées des radiocommunications, aux assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications	25

## Chapitre IV

## Autres dispositions

Finances	33
----------	----

## Partie II

## Date d'entrée en vigueur

Formule finale
Signatures

## Déclarations et Réserves

Algérie (République algérienne démocratique et populaire) (59)
Allemagne (République fédérale d') (40, 51, 73, 98)
Andorre (Principauté d') (73)
Arabie saoudite (Royaume d') (32, 59, 62)
Argentine (République) (18)
Arménie (République d') (66)
Australie (72)
Autriche (51, 73, 98)

**Änderungsurkunde zur Konvention  
der Internationalen Fernmeldeunion  
(Genf 1992),  
geändert durch die  
Konferenz der Regierungsbevoll-  
mächtigten (Kioto 1994), durch die  
Konferenz der Regierungsbe-  
vollmächtigten (Minneapolis 1998)  
und durch die Konferenz der Regierungs-  
bevollmächtigten (Marrakesch 2002)**

(Von der Konferenz der Regierungs-  
bevollmächtigten (Antalya 2006)  
angenommene Änderungen)

## Teil I

## Vorwort

## Kapitel I

## Arbeitsweise der Union

	Artikel
Wahlen und damit verbundene Fragen	2
Rat	4
Generalsekretariat	5
Koordinierungsausschuss	6
Büro für das Funkwesen	12
Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen	15
Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens	16
Beratende Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens	17A
Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens	18
Teilnahme von anderen Gremien und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union	19
Empfehlungen einer Konferenz an eine andere	21

## Kapitel II

Besondere Bestimmungen für  
die Konferenzen und Versammlungen

Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten	23
Zulassung zu den Funkkonferenzen	24
Zulassung zu den Funkversammlungen, den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	25

## Kapitel IV

## Andere Bestimmungen

Finanzen	33
----------	----

## Teil II

## Zeitpunkt des Inkrafttretens

Schlussformel
Unterschriften

## Erklärungen und Vorbehalte

Demokratische Volksrepublik Algerien (59)
Bundesrepublik Deutschland (40, 51, 73, 98)
Fürstentum Andorra (73)
Königreich Saudi-Arabien (32, 59, 62)
Argentinische Republik (18)
Republik Armenien (66)
Australien (72)
Österreich (51, 73, 98)

Azerbaïdjanais (République) (66, 73)	Republik Aserbaidschan (66, 73)
Bahreïn (Royaume de) (19, 59)	Königreich Bahrain (19, 59)
Barbade (100)	Barbados (100)
Bélarus (République du) (66, 67)	Republik Belarus (66, 67)
Belgique (36, 51, 73, 98)	Belgien (36, 51, 73, 98)
Botswana (République du) (46)	Republik Botsuana (46)
Brésil (République fédérative du) (27)	Föderative Republik Brasilien (27)
Bulgarie (République de) (51, 73)	Republik Bulgarien (51, 73)
Burkina Faso (102)	Burkina Faso (102)
Burundi (République du) (3)	Republik Burundi (3)
Cameroon (République du) (54)	Republik Kamerun (54)
Canada (71, 94, 98)	Kanada (71, 94, 98)
Chili (63)	Chile (63)
Chine (République populaire de) (64)	Volksrepublik China (64)
Chypre (République de) (51, 73, 81, 98)	Republik Zypern (51, 73, 81, 98)
Cité du Vatican (Etat de la) (8, 73)	Staat Vatikanstadt (8, 73)
Colombie (République de) (58)	Republik Kolumbien (58)
Côte d'Ivoire (République de) (24)	Republik Côte d'Ivoire (24)
Croatie (République de) (73, 74, 98)	Republik Kroatien (73, 74, 98)
Cuba (80)	Kuba (80)
Danemark (51, 73, 98, 106)	Dänemark (51, 73, 98, 106)
Egypte (République arabe d') (62, 69)	Arabische Republik Ägypten (62, 69)
El Salvador (République d') (20)	Republik El Salvador (20)
Emirats arabes unis (59)	Vereinigte Arabische Emirate (59)
Equateur (55)	Ecuador (55)
Espagne (51, 56)	Spanien (51, 56)
Estonie (République d') (51, 61, 73, 98)	Republik Estland (51, 61, 73, 98)
Etats-Unis d'Amérique (70, 104, 106)	Vereinigte Staaten von Amerika (70, 104, 106)
Ethiopie (République fédérale démocratique d') (99)	Demokratische Bundesrepublik Äthiopien (99)
Fédération de Russie (66)	Russische Föderation (66)
Finlande (51, 73, 98)	Finnland (51, 73, 98)
France (30, 51, 73, 98, 106)	Frankreich (30, 51, 73, 98, 106)
Gabonaise (République) (16)	Gabunische Republik (16)
Ghana (65)	Ghana (65)
Grèce (51, 73)	Griechenland (51, 73)
Guinée (République de) (13)	Republik Guinea (13)
Guinée équatoriale (République de) (85)	Republik Äquatorialguinea (85)
Honduras (République du) (9)	Republik Honduras (9)
Hongrie (République de) (51, 73, 98)	Republik Ungarn (51, 73, 98)
Inde (République de l') (43)	Republik Indien (43)
Indonésie (République d') (17)	Republik Indonesien (17)
Iran (République islamique d') (59, 78, 79)	Islamische Republik Iran (59, 78, 79)
Iraq (République d') (35)	Republik Irak (35)
Irlande (51, 73, 98)	Irland (51, 73, 98)
Islande (33, 73, 98)	Island (33, 73, 98)
Israël (Etat d') (41, 90)	Staat Israel (41, 90)
Italie (51, 73)	Italien (51, 73)
Jamaïque (97)	Jamaika (97)
Japon (77, 98, 106)	Japan (77, 98, 106)
Jordanie (Royaume hachémite de) (21)	Haschemitisches Königreich Jordanien (21)
Kenya (République du) (96)	Republik Kenia (96)
Corée (République de) (88)	Republik Korea (88)
Koweït (République du) (59, 62, 87)	Staat Kuwait (59, 62, 87)
Lettonie (République de) (51, 61, 73)	Republik Lettland (51, 61, 73)
Liban (59, 62)	Libanon (59, 62)
Liechtenstein (Principauté de) (33, 73, 98)	Fürstentum Liechtenstein (33, 73, 98)
Lithuanie (République de) (51, 61, 73)	Republik Litauen (51, 61, 73)

Luxembourg (51, 73, 98, 106)	Luxemburg (51, 73, 98, 106)
Malaisie (10, 59)	Malaysia (10, 59)
Malawi (44)	Malawi (44)
Maldives (République des) (22)	Republik Malediven (22)
Mali (République du) (39)	Republik Mali (39)
Malte (51, 73, 98)	Malta (51, 73, 98)
Maroc (Royaume du) (59, 62)	Königreich Marokko (59, 62)
Marshall (République des Iles) (107)	Republik Marshallinseln (107)
Mauritanie (République islamique de) (103)	Islamische Republik Mauretanien (103)
Mexique (34)	Mexiko (34)
Micronésie (Etats fédérés de) (37)	Föderierte Staaten von Mikronesien (37)
Moldova (République de) (66, 73)	Republik Moldau (66, 73)
Monaco (Principauté de) (86)	Fürstentum Monaco (86)
Mongolie (49)	Mongolei (49)
Monténégro (République du) (75)	Republik Montenegro (75)
Myanmar (Union de) (12)	Union Myanmar (12)
Népal (28)	Nepal (28)
Nicaragua (42)	Nicaragua (42)
Niger (République du) (4)	Republik Niger (4)
Nigéria (République fédérale du) (15)	Bundesrepublik Nigeria (15)
Norvège (33, 73, 98)	Norwegen (33, 73, 98)
Nouvelle-Zélande (83, 98)	Neuseeland (83, 98)
Ouzbékistan (République d') (66)	Republik Usbekistan (66)
Pakistan (République islamique du) (48, 59)	Islamische Republik Pakistan (48, 59)
Papouasie-Nouvelle-Guinée (82)	Papua-Neuguinea (82)
Paraguay (République du) (53)	Republik Paraguay (53)
Pays-Bas (Royaume des) (51, 73, 98, 106)	Königreich der Niederlande (51, 73, 98, 106)
Philippines (République des) (2)	Republik der Philippinen (2)
Pologne (République de) (23, 51, 73, 98)	Republik Polen (23, 51, 73, 98)
Portugal (38, 51, 73, 98)	Portugal (38, 51, 73, 98)
République arabe syrienne (57, 59)	Arabische Republik Syrien (57, 59)
République kirghize (66)	Kirgisische Republik (66)
République slovaque (50, 51, 73, 98)	Slowakische Republik (50, 51, 73, 98)
République tchèque (45, 51, 73, 98)	Tschechische Republik (45, 51, 73, 98)
Roumanie (51, 73, 98)	Rumänien (51, 73, 98)
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (51, 73, 98, 106)	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (51, 73, 98, 106)
Rwanda (République du) (91)	Republik Ruanda (91)
Saint-Marin (République de) (7)	Republik San Marino (7)
Samoa (Etat indépendant du) (92)	Unabhängiger Staat Samoa (92)
Sénégal (République du) (52)	Republik Senegal (52)
Serbie (République de) (68, 73, 98)	Republik Serbien (68, 73, 98)
Singapour (République de) (31)	Republik Singapur (31)
Slovenie (République de) (51, 95, 98, 106)	Republik Slowenien (51, 95, 98, 106)
Soudan (République du) (59, 76)	Republik Sudan (59, 76)
Sudafricaine (République) (47)	Republik Südafrika (47)
Suède (51, 73, 98, 106)	Schweden (51, 73, 98, 106)
Suisse (Confédération) (73, 98)	Schweizerische Eidgenossenschaft (73, 98)
Suriname (République du) (5)	Republik Suriname (5)
Swaziland (Royaume du) (89)	Königreich Swasiland (89)
Tanzanie (République-Unie de) (101)	Vereinigte Republik Tansania (101)
Tchad (République du) (84)	Republik Tschad (84)
Thaïlande (6)	Thailand (6)
Togolaise (République) (26)	Republik Togo (26)
Trinité-et-Tobago (105)	Trinidad und Tobago (105)
Tunisie (29, 59)	Tunesien (29, 59)
Turquie (60, 73, 93, 98)	Türkei (60, 73, 93, 98)

Ukraine (66)

Uruguay (République orientale de l') (1)

Venezuela (République bolivarienne du) (25)

Viet Nam (République du) (11)

Zimbabwe (République du) (14)

Ukraine (66)

Republik Östlich des Uruguay (1)

Bolivariische Republik Venezuela (25)

Republik Vietnam (11)

Republik Simbabwe (14)

**Änderungsurkunde  
zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion  
(Genf 1992)**

geändert durch  
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994),  
durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)  
und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten  
(Antalya 2006) angenommene Änderungen)

**Instrument d'amendement  
à la Constitution  
de l'Union internationale des télécommunications  
(Genève, 1992)**

telle qu'amendée par  
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par  
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par  
la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002)

(Amendements adoptés par  
la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006))

*(Übersetzung)*

Constitution  
de l'Union internationale des télécommunications\*)  
(Genève, 1992)

Konstitution der  
Internationalen Fernmeldeunion\*)  
(Genf 1992)

Partie I  
Avant-propos

Teil I  
Vorwort

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), et notamment des dispositions de son article 55, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) a adopté les amendements ci-après à la Constitution précitée:

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), (Minneapolis 1998) und (Marrakesch 2002) geänderten Form, und insbesondere der Bestimmungen des Artikels 55, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) die nachstehenden Änderungen der vorgenannten Konstitution beschlossen:

Chapitre I  
Dispositions de base

Kapitel I  
Grundlegende Bestimmungen

**Article 11  
Secrétariat général**

**Artikel 11  
Generalsekretariat**

**ADD\* 73bis**      Le Secrétaire général agit en qualité de  
**SUP\* 76**            représentant légal de l'Union.

Der Generalsekretär handelt als gesetzlicher Vertreter der Union.

**ADD\* 73bis**  
**SUP\* 76**

\*) Les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme étant rédigés dans un langage non sexospécifique.

\*) Die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) gelten als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst.

<p>Chapitre II</p> <p>Secteur des radiocommunications</p> <p><b>Article 13</b></p> <p><b>Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications</b></p>	<p>Kapitel II</p> <p>Sektor für das Funkwesen</p> <p><b>Artikel 13</b></p> <p><b>Funkkonferenzen und Funkversammlungen</b></p>	
<p><b>MOD 90 PP-98</b></p> <p>2 Les conférences mondiales des radiocommunications sont convoquées normalement tous les trois à quatre ans; cependant, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention, une telle conférence peut ne pas être convoquée ou une conférence additionnelle peut être convoquée.</p>	<p>2 Weltweite Funkkonferenzen werden normalerweise alle drei bis vier Jahre einberufen; nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention braucht eine solche Konferenz jedoch nicht einberufen zu werden, oder es kann eine zusätzliche Konferenz einberufen werden.</p>	<p><b>MOD 90 PP-98</b></p>
<p><b>MOD 91 PP-98</b></p> <p>3 Les assemblées des radiocommunications sont de même normalement convoquées tous les trois à quatre ans et peuvent être associées en lieu et dates aux conférences mondiales des radiocommunications de manière à améliorer l'efficacité et la productivité du Secteur des radiocommunications. Les assemblées des radiocommunications établissent les bases techniques nécessaires aux travaux des conférences mondiales des radiocommunications et donnent suite à toutes les demandes desdites conférences; leurs fonctions sont énoncées dans la Convention.</p>	<p>3 Funkversammlungen werden ebenfalls normalerweise alle drei bis vier Jahre einberufen und können in enger örtlicher und zeitlicher Verbindung mit den weltweiten Funkkonferenzen stattfinden, damit die Effizienz und die Produktivität des Sektors für das Funkwesen verbessert werden. Die Funkversammlungen schaffen die für die Arbeiten der weltweiten Funkkonferenzen notwendigen technischen Grundlagen und erledigen alle Aufträge dieser Konferenzen; ihre Aufgaben sind in der Konvention enthalten.</p>	<p><b>MOD 91 PP-98</b></p>
<p>Chapitre V</p> <p>Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union</p> <p><b>Article 28</b></p> <p><b>Finances de l'Union</b></p>	<p>Kapitel V</p> <p>Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union</p> <p><b>Artikel 28</b></p> <p><b>Finanzen der Union</b></p>	
<p><b>MOD 161C PP-98</b></p> <p>2) Le Secrétaire général informe les Etats Membres et les Membres des Secteurs du montant provisoire de l'unité contributive, déterminé en vertu du numéro 161B ci-dessus, et invite les Etats Membres à lui notifier, au plus tard quatre semaines avant la date fixée pour le début de la Conférence de plénipotentiaires, la classe de contribution qu'ils choisissent provisoirement.</p>	<p>(2) Der Generalsekretär unterrichtet die Mitgliedstaaten und die Sektormitglieder über die nach der vorstehenden Nummer 161B festgesetzte vorläufige Höhe der Beitragseinheit und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihm spätestens vier Wochen vor dem für den Beginn der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Tag die von ihnen vorläufig gewählte Beitragsklasse mitzuteilen.</p>	<p><b>MOD 161C PP-98</b></p>
<p><b>MOD 161E PP-98 PP-02</b></p> <p>4) Compte tenu du projet de plan financier tel que révisé, la Conférence de plénipotentiaires détermine dès que possible la limite supérieure définitive du montant de l'unité contributive et fixe la date, qui doit être au plus tard le lundi de la dernière semaine de la Conférence de plénipotentiaires, à laquelle les Etats Membres, sur l'invitation du Secrétaire général, doivent avoir annoncé la classe de contribution qu'ils ont définitivement choisie.</p>	<p>(4) Unter Berücksichtigung des revidierten Entwurfs des Finanzplans legt die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten so bald wie möglich die endgültige Obergrenze für die Höhe der Beitragseinheit fest und bestimmt ein Datum, spätestens aber den Montag der letzten Woche der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, zu dem die Mitgliedstaaten nach Aufforderung durch den Generalsekretär die von ihnen endgültig gewählte Beitragsklasse bekannt geben müssen.</p>	<p><b>MOD 161E PP-98 PP-02</b></p>
<p><b>Article 29</b></p> <p><b>Langues</b></p>	<p><b>Artikel 29</b></p> <p><b>Sprachen</b></p>	
<p><b>MOD 171</b></p> <p>1 1) Les langues officielles de l'Union sont: l'anglais, l'arabe, le chinois, l'espagnol, le français et le russe.</p>	<p>1 (1) Die Amtssprachen der Union sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.</p>	<p><b>MOD 171</b></p>

## Partie II

## Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul instrument, le 1<sup>er</sup> janvier 2008, entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

Fait à Antalya, le 24 novembre 2006

## Teil II

## Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde niedergelegten Änderungen treten in ihrer Gesamtheit als eine einzige Urkunde zum 1. Januar 2008 zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die dann Vertragsparteien der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde dieser Urkunde bzw. ihre Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) geänderten Form unterzeichnet.

Geschehen zu Antalya, den 24. November 2006

**Änderungsurkunde  
zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion  
(Genf 1992)**

geändert durch  
die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994),  
durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998)  
und durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002)

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten  
(Antalya 2006) angenommene Änderungen)

**Instrument d'amendement  
à la Convention  
de l'Union internationale des télécommunications  
(Genève, 1992)**

telle qu'amendée par  
la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par  
la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par  
la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002)

(Amendements adoptés par  
la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006))

*(Übersetzung)*

Convention de  
l'Union internationale des télécommunications\*)  
(Genève, 1992)

Partie I  
Avant-propos

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002), et notamment des dispositions de son article 42, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) a adopté les amendements ci-après à la Convention précitée:

Chapitre I  
Fonctionnement de l'Union  
Section 1  
**Article 2**  
**Elections et questions connexes**

**Fonctionnaires élus**

**MOD 13**

1 Le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les directeurs des Bureaux

Konvention der  
Internationalen Fernmeldeunion\*)  
(Genf 1992)

Teil I  
Vorwort

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) geänderten Form, und insbesondere der Bestimmungen aus Artikel 42, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) nachstehende Änderungen der oben genannten Konvention beschlossen:

Kapitel I  
Arbeitsweise der Union  
Abschnitt 1  
**Artikel 2**  
**Wahlen und damit verbundene Fragen**

**Gewählte Beamte**

1 Der Generalsekretär, der Vizegeneralsekretär und die Direktoren der Büros tre-

**MOD 13**

\*) Les instruments fondamentaux de l'Union (Constitution et Convention) doivent être considérés comme étant rédigés dans un langage non sexospécifique.

\*) Die Grundsatzdokumente der Union (Konstitution und Konvention) gelten als in einer geschlechtsneutralen Sprache abgefasst.

prennent leurs fonctions à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires au moment de leur élection. Ils restent normalement en fonction jusqu'à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires suivante et ne sont rééligibles qu'une fois au même emploi. Le terme rééligible signifie qu'il n'est possible d'effectuer qu'un second mandat, que celui-ci soit consécutif ou non au premier.

#### Membres du Comité du Règlement des radiocommunications

##### MOD 20

1 Les membres du Comité du Règlement des radiocommunications prennent leurs fonctions aux dates fixées par la Conférence de plénipotentiaires au moment de leur élection. Ils restent en fonction jusqu'aux dates fixées par la Conférence de plénipotentiaires suivante, et ne sont rééligibles qu'une fois. Le terme rééligible signifie qu'il n'est possible d'effectuer qu'un second mandat, que celui-ci soit consécutif ou non au premier.

#### Section 2

##### Article 4

##### Le Conseil

##### SUP 58

##### MOD 60B PP-02

9<sup>ter</sup>) Sous réserve des conditions fixées par le Conseil, y compris en ce qui concerne le nombre et les modalités de leur désignation, les Membres des Secteurs peuvent assister en qualité d'observateurs aux séances du Conseil, de ses commissions et de ses groupes de travail.

##### MOD 73 PP-98 PP-02

7) examine et arrête le budget biennal de l'Union et examine le budget prévisionnel (inclus dans le rapport de gestion financière élaboré par le Secrétaire général conformément au numéro 101 de la présente Convention) pour le cycle de deux ans suivant un exercice budgétaire donné, compte tenu des décisions de la Conférence de plénipotentiaires concernant le numéro 50 de la Constitution et des limites financières fixées par ladite Conférence conformément aux dispositions du numéro 51 de la Constitution; il réalise toutes les économies possibles, mais garde à l'esprit l'obligation faite à l'Union d'obtenir des résultats satisfaisants aussi rapidement que possible. Ce faisant, le Conseil tient compte des priorités fixées par la Conférence de plénipotentiaires, telles qu'elles sont exposées dans le plan stratégique de l'Union, des vues du Comité de coordination exposées dans le rapport du Secrétaire général dont il est question au numéro 86 de la présente Convention, et du rapport de gestion financière mentionné au numéro 101 de la présente Convention. Le Conseil procède à un examen annuel des recettes et des dépenses afin d'effectuer, au besoin, des ajustements conformément aux résolutions et aux décisions de la Conférence de plénipotentiaires;

ten ihr Amt zu dem Zeitpunkt an, den die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten bei ihrer Wahl festsetzt. Sie bleiben in der Regel bis zu dem Zeitpunkt im Amt, den die nächste Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festsetzt, und können nur einmal für dasselbe Amt wiedergewählt werden. Dies bedeutet, dass anschließend an die erste Amtszeit oder später nur eine zweite Amtszeit angetreten werden kann.

#### Mitglieder des Funkregulierungsausschusses

##### MOD 20

1 Die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses treten ihr Amt zu den Zeitpunkten an, welche die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten bei ihrer Wahl festsetzt. Sie bleiben bis zu den Zeitpunkten im Amt, welche die nächste Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festsetzt, und können nur einmal wiedergewählt werden. Dies bedeutet, dass anschließend an die erste Amtszeit oder später nur eine zweite Amtszeit angetreten werden kann.

#### Abschnitt 2

##### Artikel 4

##### Rat

##### SUP 58

##### MOD 60B PP-02

9<sup>ter</sup>) Die Sektormitglieder können unter den vom Rat auch in Bezug auf ihre Zahl und die Verfahren ihrer Benennung festgelegten Bedingungen als Beobachter an den Sitzungen des Rates, seiner Kommissionen und seiner Arbeitsgruppen teilnehmen.

##### MOD 73 PP-98 PP-02

7) er prüft und beschließt das Zweijahresbudget der Union und prüft das voraussichtliche Budget für die beiden darauf folgenden Jahre (die Teile des vom Generalsekretär gemäß Nummer 101 dieser Konvention erstellten Finanzberichts sind), wobei er die in Bezug auf Nummer 50 der Konstitution gefassten Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und den von dieser Konferenz nach Nummer 51 der Konstitution festgesetzten finanziellen Rahmen berücksichtigt; er beachtet alle Einsparmöglichkeiten, trägt jedoch immer der Verpflichtung der Union Rechnung, so schnell wie möglich zufrieden stellende Ergebnisse zu erzielen. Dabei berücksichtigt der Rat die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten aufgestellten Prioritäten, die im strategischen Plan der Union im Einzelnen erläutert werden, die Stellungnahmen des Koordinierungsausschusses, die in dem in Nummer 86 dieser Konvention genannten Bericht des Generalsekretärs dargelegt werden, sowie den in Nummer 101 dieser Konvention genannten Finanzbericht. Der Rat überprüft die Einnahmen und Ausgaben jährlich, um bei Bedarf Anpassungen gemäß der Entschlüssen und Entscheidungen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorzunehmen;

**MOD 80  
PP-94**

14) est chargé d'assurer la coordination avec toutes les organisations internationales visées aux articles 49 et 50 de la Constitution. A cet effet, il conclut au nom de l'Union des accords provisoires avec les organisations internationales visées à l'article 50 de la Constitution et aux numéros 269B et 269C de la présente Convention et avec les Nations Unies en application de l'Accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union internationale des télécommunications; ces accords provisoires doivent être soumis à la Conférence de plénipotentiaires suivante conformément à la disposition pertinente de l'article 8 de la Constitution;

## Section 3

## Article 5

## Secrétariat général

**MOD 96**

m) prépare des recommandations pour la première réunion des chefs de délégation mentionnée au numéro 49 des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union, en tenant compte des résultats des consultations régionales éventuelles;

**MOD 100  
PP-98**

q) après consultation du Comité de coordination et après avoir réalisé toutes les économies possibles, prépare et soumet au Conseil un projet de budget biennal couvrant les dépenses de l'Union en tenant compte des limites financières fixées par la Conférence de plénipotentiaires. Ce projet de budget se compose d'un budget global contenant des informations relatives au budget fondé sur les coûts et axé sur les résultats pour l'Union, établi conformément aux directives budgétaires émanant du Secrétaire général et comprenant deux versions. Une version correspond à une croissance zéro de l'unité contributive, l'autre à une croissance inférieure ou égale à toute limite fixée par la Conférence de plénipotentiaires, après prélèvement éventuel sur le compte de provision. La résolution relative au budget, après approbation par le Conseil, est transmise pour information à tous les Etats Membres;

**MOD 105**

La modification ne concerne pas la version française.

## Section 4

## Article 6

## Comité de coordination

**MOD 111  
PP-02**

4 Un rapport sur les travaux du Comité de coordination est établi et mis à la disposition des Etats Membres.

14) er sorgt für die Koordinierung mit allen internationalen Organisationen, die in den Artikeln 49 und 50 der Konstitution erwähnt sind. Zu diesem Zweck schließt er im Namen der Union vorläufige Abkommen mit den in Artikel 50 der Konstitution und den in den Nummern 269B und 269C dieser Konvention erwähnten internationalen Organisationen und mit den Vereinten Nationen in Anwendung des Abkommens zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und der Internationalen Fernmeldeunion; diese vorläufigen Abkommen müssen nach der einschlägigen Bestimmung des Artikels 8 der Konstitution der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorgelegt werden;

## Abschnitt 3

## Artikel 5

## Generalsekretariat

**MOD 80  
PP-94**

m) bereitet Empfehlungen für die in Nummer 49 der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union genannte erste Sitzung der Delegationsleiter vor, wobei er die Ergebnisse etwaiger regionaler Befragungen berücksichtigt;

**MOD 96****MOD 100  
PP-98**

q) bereitet nach Beratung mit dem Koordinierungsausschuss und unter Beachtung aller Einsparmöglichkeiten einen Entwurf für das Zweijahresbudget vor, den er dem Rat vorlegt und der die Ausgaben der Union unter Berücksichtigung des von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten finanziellen Rahmens deckt. Dieser Budgetentwurf besteht aus einem umfassenden Budget, das Informationen zum auf den Kosten beruhenden Budget enthält und auf die Ergebnisse für die Union ausgerichtet ist, und wird nach den Budgetrichtlinien des Generalsekretärs sowie in zwei Fassungen erstellt. Eine Fassung basiert auf einem Nullwachstum der Beitragseinheit, die andere – eventuell nach Entnahmen aus dem Reservefonds – auf dem Wachstum des Budgets, das unter der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Höchstgrenze liegt oder ihr gleich ist. Die das Budget betreffende Entschließung wird allen Mitgliedstaaten der Union nach Genehmigung durch den Rat zur Kenntnisnahme zugeleitet;

Die Änderung betrifft nicht die französische Fassung.

**MOD 105**

## Abschnitt 4

## Artikel 6

## Koordinierungsausschuss

**MOD 111  
PP-02**

4 Über die Arbeit des Koordinierungsausschusses wird ein Bericht erstellt, der den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird.

Section 5  
Secteur des radiocommunications

**Article 12**  
**Bureau des radiocommunications**

**MOD 178**  
**PP-98**

b) échange avec les Etats Membres et les Membres du Secteur des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et tient à jour les documents et les bases de données du Secteur des radiocommunications et prend toutes mesures utiles avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution;

Section 6  
Secteur de la normalisation  
des télécommunications

**Article 15**  
**Bureau de la normalisation des télécommunications**

**MOD 203**  
**PP-98**

d) échange avec les Etats Membres et les Membres du Secteur des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et au besoin tient à jour les documents et les bases de données du Secteur de la normalisation des télécommunications et prend les mesures voulues avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution;

Section 7  
Secteur du développement  
des télécommunications

**Article 16**  
**Conférences de développement  
des télécommunications**

**MOD 209**

a) les conférences mondiales de développement des télécommunications établissent des programmes de travail et des directives afin de définir les questions et priorités relatives au développement des télécommunications et donnent des orientations au Secteur du développement des télécommunications pour son programme de travail. Elles décident, au vu des programmes de travail mentionnés ci-dessus, s'il y a lieu de maintenir ou de dissoudre les commissions d'études existantes ou d'en créer de nouvelles et attribuent à chacune d'elles les questions à étudier;

Abschnitt 5  
Sektor für das Funkwesen

**Artikel 12**  
**Büro für das Funkwesen**

**MOD 178**  
**PP-98**

b) er tauscht mit den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt und aktualisiert laufend die Dokumente und Datenbanken des Sektors für das Funkwesen und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für ihre Veröffentlichung in den Sprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;

Abschnitt 6  
Sektor für die Standardisierung  
im Fernmeldewesen

**Artikel 15**  
**Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen**

**MOD 203**  
**PP-98**

d) er tauscht mit den Mitgliedstaaten und den Sektormitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt die Dokumente und Datenbanken des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen, aktualisiert sie bei Bedarf und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für ihre Veröffentlichung in den Sprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;

Abschnitt 7  
Sektor für die Entwicklung  
des Fernmeldewesens

**Artikel 16**  
**Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens**

**MOD 209**

a) Die weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellen Arbeitsprogramme und Richtlinien für die Erarbeitung von Fragen und Prioritäten in Zusammenhang mit der Entwicklung des Fernmeldewesens und geben dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens Leitlinien für sein Arbeitsprogramm. Sie beschließen aufgrund der oben genannten Arbeitsprogramme die Beibehaltung oder Auflösung bestehender Studienkommissionen oder die Einsetzung neuer Kommissionen und weisen ihnen die zu prüfenden Fragen zu;

**Article 17A****Groupe consultatif  
pour le développement des télécommunications****MOD 215C**

1 Le Groupe consultatif pour le développement des télécommunications est ouvert à la participation des représentants des administrations des Etats Membres et des représentants des Membres du Secteur ainsi que des présidents et vice-présidents des commissions d'études et autres groupes, et agit par l'intermédiaire du directeur.

**Article 18****Bureau de développement des télécommunications****MOD 220**

c) échange avec les membres des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et, au besoin, tient à jour les documents et les bases de données du Secteur du développement des télécommunications et prend les mesures voulues avec le Secrétaire général, le cas échéant, pour qu'ils soient publiés dans les langues de l'Union, conformément au numéro 172 de la Constitution;

**Section 8****Dispositions communes  
aux trois Secteurs****Article 19****Participation d'entités  
et organisations autres que  
les administrations aux activités de l'Union****(MOD) 235**

5 Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une entité ou organisation mentionnée au numéro 231 ci-dessus (à l'exception des organisations visées aux numéros 269B et 269C de la présente Convention) est transmise au Secrétaire général et traitée conformément aux procédures établies par le Conseil.

**(MOD) 236**

6 Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une organisation mentionnée aux numéros 269B à 269D de la présente Convention est transmise au Secrétaire général, et l'organisation intéressée est inscrite sur les listes mentionnées au numéro 237 ci-dessous.

**(MOD) 237  
PP-98**

7 Le Secrétaire général établit et tient à jour, pour chaque Secteur, des listes de toutes les entités et organisations visées aux numéros 229 à 231 ainsi qu'aux numéros 269B à 269D de la présente Convention qui sont admises à participer aux travaux des Secteurs. Il publie chacune de ces listes à des intervalles appropriés, et les porte à la connaissance de tous les Etats Membres et Membres des Secteurs concernés et du directeur du Bureau intéressé. Ce directeur fait connaître aux entités et organisations concernées la

**Artikel 17A****Beratende Gruppe  
für die Entwicklung des Fernmeldewesens****MOD 215C**

1 An den Arbeiten der beratenden Gruppe für die Entwicklung des Fernmeldewesens können sich die Vertreter der Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Sektormitglieder sowie die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Studienkommissionen und der anderen Gruppen beteiligen; die beratende Gruppe handelt durch den Direktor.

**Artikel 18****Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens****MOD 220**

c) er tauscht mit den Mitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt die Dokumente und Datenbanken des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens, aktualisiert sie bei Bedarf und sorgt gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für ihre Veröffentlichung in den Sprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;

**Abschnitt 8****Gemeinsame Bestimmungen  
für alle drei Sektoren****Artikel 19****Teilnahme von  
anderen Gremien und Organisationen  
als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union****(MOD) 235**

5 Jeder Antrag einer der in Nummer 231 genannten Rechtsträger und Organisationen (mit Ausnahme der in den Nummern 269B und 269C dieser Konvention erwähnten) auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors wird dem Generalsekretär übermittelt und nach den vom Rat festgelegten Verfahren behandelt.

**(MOD) 236**

6 Jeder Antrag einer der in den Nummern 269B bis 269D dieser Konvention genannten Organisationen auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors wird dem Generalsekretär übermittelt und die betreffende Organisation wird in die in Nummer 237 erwähnten Listen eingetragen.

**(MOD) 237  
PP-98**

7 Der Generalsekretär erstellt für jeden Sektor Listen mit allen in den Nummern 229 bis 231 sowie 269B bis 269D dieser Konvention erwähnten Rechtsträgern und Organisationen, die zur Teilnahme an den Arbeiten der Sektoren zugelassen sind, und bringt diese Listen laufend auf den neuesten Stand. Er veröffentlicht diese Listen in angemessenen Zeitabständen und übermittelt sie allen Mitgliedstaaten und den betreffenden Sektormitgliedern sowie dem Direktor des betreffenden Büros. Der jeweilige Direktor teilt den be-

suite qui a été donnée à leur demande et en informe les Etats Membres intéressés.

treffenden Rechtsträgern und Organisationen mit, wie über ihren Antrag entschieden worden ist, und unterrichtet die betroffenen Mitgliedstaaten entsprechend.

**MOD 240  
PP-98**

10 Tout Membre d'un Secteur a le droit de dénoncer sa participation par une notification adressée au Secrétaire général. Cette participation peut également être dénoncée, le cas échéant, par l'Etat Membre concerné ou, dans le cas du Membre de Secteur approuvé conformément au numéro 234C ci-dessus, selon les critères et les procédures arrêtés par le Conseil. Cette dénonciation prend effet à l'expiration d'une période de six mois à partir du jour de réception de la notification par le Secrétaire général.

10 Alle Sektormitglieder haben das Recht, ihre Teilnahme durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifikation zu kündigen. Die Teilnahme kann gegebenenfalls auch durch den betreffenden Mitgliedstaat oder, im Falle eines nach Nummer 234C genehmigten Sektormitglieds, nach den vom Rat festgelegten Kriterien und Verfahren gekündigt werden. Die Kündigung wird wirksam nach Ablauf von sechs Monaten, vom Tag des Eingangs der Notifikation beim Generalsekretär an gerechnet.

**MOD 240  
PP-98**

#### Article 21

##### Recommandations adressées par une conférence à une autre conférence

#### Artikel 21

##### Empfehlungen einer Konferenz an eine andere

**(MOD) 251**

2 Ces recommandations sont adressées en temps utile au Secrétaire général en vue d'être rassemblées, coordonnées et communiquées dans les conditions prévues au numéro 44 des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union.

2 Diese Empfehlungen sind dem Generalsekretär so rechtzeitig zu übermitteln, dass er sie nach Nummer 44 der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union sammeln, koordinieren und bekanntgeben kann.

**(MOD) 251**

#### Chapitre II

##### Dispositions particulières concernant les conférences et les assemblées

#### Kapitel II

##### Besondere Bestimmungen für die Konferenzen und Versammlungen

#### Article 23

##### Admission aux Conférences de plénipotentiaires

**PP-02**

**MOD 269  
PP-94  
PP-02**

d) les observateurs des organisations, institutions et entités suivantes, qui peuvent participer à titre consultatif:

**MOD 269E  
PP-02**

e) les observateurs des Membres des Secteurs visés aux numéros 229 et 231 de la présente Convention.

#### Article 24

**PP-02**

##### Admission aux conférences des radiocommunications

**MOD 278  
PP-02**

b) les observateurs des organisations et des institutions visées aux numéros 269A à 269D de la présente Convention, qui peuvent participer à titre consultatif;

**MOD 279  
PP-02**

c) les observateurs d'autres organisations internationales invitées conformément aux dispositions pertinentes du chapitre I des Règles générales régissant les conférences, assemblées et réunions de l'Union, qui peuvent participer à titre consultatif;

**MOD 280  
PP-98**

d) les observateurs des Membres du Secteur des radiocommunications;

#### Artikel 23

##### Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten

**PP-02**

d) die Beobachter der nachfolgend genannten Organisationen, Institutionen und Rechtsträger in beratender Eigenschaft;

e) die Beobachter der in den Nummern 229 bis 231 dieser Konvention genannten Sektormitglieder.

**MOD 269  
PP-94  
PP-02**

**MOD 269E  
PP-02**

#### Artikel 24

##### Zulassung zu den Funkkonferenzen

**PP-02**

b) die Beobachter der in den Nummern 269A bis 269D dieser Konvention genannten Organisationen und Institutionen, die in beratender Eigenschaft teilnehmen können;

c) die Beobachter anderer, gemäß der einschlägigen Bestimmungen aus Kapitel I der Geschäftsordnung der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen der Union eingeladener internationalen Organisationen, die in beratender Eigenschaft teilnehmen können;

**MOD 278  
PP-02**

**MOD 279  
PP-02**

**MOD 280  
PP-98**

<b>Article 25</b>		<b>Artikel 25</b>	
<b>PP-98 PP-02</b>	<b>Admission aux assemblées des radiocommunications, aux assemblées mondiales de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications</b>	<b>Zulassung zu den Funkversammlungen, den weltweiten Versammlungen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens</b>	<b>PP-98 PP-02</b>
<b>ADD 296<sup>bis</sup></b>	b) les représentants des Membres de Secteur concernés;	b) die Vertreter der betreffenden Sektormitglieder;	<b>ADD 296<sup>bis</sup></b>
<b>MOD 297 PP-02</b>	c) les observateurs, qui peuvent participer à titre consultatif:	c) folgende Beobachter, die in beratender Eigenschaft teilnehmen können:	<b>MOD 297 PP-02</b>
<b>ADD 297<sup>bis</sup></b>	i) des organisations et des institutions visées aux numéros 269A à 269D de la présente Convention;	i) die Beobachter der in den Nummern 269A bis 269D dieser Konvention genannten Organisationen und Institutionen;	<b>ADD 297<sup>bis</sup></b>
<b>SUP 298A</b>			<b>SUP 298A</b>
<b>SUP 298B</b>			<b>SUP 298B</b>
<b>(MOD) 298C PP-02</b>	ii) toute autre organisation régionale, ou autre organisation internationale, s'occupant de questions qui intéressent l'assemblée ou la conférence.	ii) jede andere regionale oder internationale Organisation, die sich mit Angelegenheiten befasst, die für die Versammlung oder die Konferenz von Interesse sind.	<b>(MOD) 298C PP-02</b>
<b>SUP 298D</b>			<b>SUP 298D</b>
<b>SUP 298E</b>			<b>SUP 298E</b>
<b>SUP* 298F</b>			<b>SUP* 298F</b>
	<b>Chapitre IV Autres dispositions</b>	<b>Kapitel IV Andere Bestimmungen</b>	
	<b>Article 33 Finances</b>	<b>Artikel 33 Finanzen</b>	
<b>MOD 468 PP-98</b>	1) L'échelle dans laquelle chaque Etat Membre, sous réserve des dispositions du numéro 468A ci-dessous, ou Membre de Secteur, sous réserve des dispositions du numéro 468B ci-dessous, choisit sa classe de contribution, conformément aux dispositions pertinentes de l'article 28 de la Constitution, est la suivante:  classe de 40 unités classe de 35 unités classe de 30 unités classe de 28 unités classe de 25 unités classe de 23 unités classe de 20 unités classe de 18 unités classe de 15 unités classe de 13 unités classe de 11 unités classe de 10 unités classe de 8 unités classe de 6 unités classe de 5 unités classe de 4 unités classe de 3 unités classe de 2 unités classe de 1 1/2 unité	1) Nach folgender Tabelle wählt jeder Mitgliedstaat vorbehaltlich der Bestimmungen der unten genannten Nummer 468A und jedes Sektormitglied vorbehaltlich der Bestimmungen der unten genannten Nummer 468B seine Beitragsklasse gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 28 der Konstitution:  Klasse von 40 Einheiten Klasse von 35 Einheiten Klasse von 30 Einheiten Klasse von 28 Einheiten Klasse von 25 Einheiten Klasse von 23 Einheiten Klasse von 20 Einheiten Klasse von 18 Einheiten Klasse von 15 Einheiten Klasse von 13 Einheiten Klasse von 11 Einheiten Klasse von 10 Einheiten Klasse von 8 Einheiten Klasse von 6 Einheiten Klasse von 5 Einheiten Klasse von 4 Einheiten Klasse von 3 Einheiten Klasse von 2 Einheiten Klasse von 1 1/2 Einheiten	<b>MOD 468 PP-98</b>

classe de 1 unité  
classe de 1/2 unité  
classe de 1/4 unité  
classe de 1/8 unité  
classe de 1/16 unité

**MOD 476**  
**PP-94**  
**PP-98**  
**PP-02**

4 1) Les organisations visées aux numéros 269A à 269E de la présente Convention et d'autres organisations également indiquées au Chapitre II de cette même Convention (sauf si elles ont été exonérées par le Conseil, sous réserve de réciprocité) et les Membres des Secteurs visés au numéro 230 de la présente Convention qui participent, conformément aux dispositions de la présente Convention, à une Conférence de plénipotentiaires, à une conférence, à une assemblée ou à une réunion d'un Secteur de l'Union, ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales, contribuent aux dépenses des conférences, assemblées et réunions auxquelles ils participent en fonction du coût de ces conférences et réunions et conformément au Règlement financier. Toutefois, les Membres des Secteurs ne contribueront pas spécifiquement aux dépenses liées à leur participation à une conférence, une assemblée ou une réunion de leur Secteur respectif, sauf dans le cas des conférences régionales des radiocommunications.

**(MOD)**  
**480A**  
**PP-98**

5<sup>bis</sup>) Lorsqu'un Membre de Secteur contribue aux dépenses de l'Union conformément au numéro 159A de la Constitution, le Secteur au titre duquel la contribution est versée devrait être identifié.

**ADD 480B**

5<sup>ter</sup>) Dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil peut autoriser une réduction du nombre d'unités contributives lorsqu'un Membre de Secteur en fait la demande et fournit la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution dans la classe initialement choisie.

#### Annexe

##### Définition

de certains termes  
employés dans la présente Convention  
et dans les Règlements administratifs  
de l'Union internationale des télécommunications

**MOD 1002**  
**PP-94**  
**PP-98**

**Observateur:** Personne envoyée par un Etat Membre, une organisation, une institution ou une entité pour assister à une conférence, une assemblée ou une réunion de l'Union ou au Conseil, sans droit de vote et conformément aux dispositions pertinentes des textes fondamentaux de l'Union.

#### Partie II

Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul

Klasse von 1 Einheit  
Klasse von 1/2 Einheit  
Klasse von 1/4 Einheit  
Klasse von 1/8 Einheit  
Klasse von 1/16 Einheit

4 1) Die in den Nummern 269A bis 269E dieser Konvention erwähnten Organisationen, andere, ebenfalls in Kapitel II dieser Konvention genannte internationale Organisationen (es sei denn, sie sind unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden) sowie die in Nummer 230 dieser Konvention erwähnten Sektormitglieder, die gemäß den Bestimmungen dieser Konvention an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Konferenz, Versammlung oder einer Tagung eines Sektors der Union oder an einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste teilnehmen, beteiligen sich an den Ausgaben der Konferenzen, Versammlungen und Tagungen, an denen sie teilnehmen, entsprechend den Kosten dieser Konferenzen und Tagungen und gemäß den Finanzvorschriften. Die Sektormitglieder beteiligen sich hingegen nicht in besonderer Weise an den mit ihrer Teilnahme an einer Konferenz, Versammlung oder Tagung ihres Sektors verbundenen Ausgaben, außer im Falle regionaler Funkkonferenzen.

**MOD 476**  
**PP-94**  
**PP-98**  
**PP-02**

5<sup>bis</sup>) Beteiligt sich ein Sektormitglied nach Nummer 159A der Constitution an den Ausgaben der Union, so sollte der Sektor, für den der Beitrag gezahlt wird, angegeben werden.

**(MOD)**  
**480A**  
**PP-98**

5<sup>ter</sup>) Unter außergewöhnlichen Umständen kann der Rat eine Senkung der Anzahl der Beitragseinheiten genehmigen, wenn ein Sektormitglied dies beantragt und den Nachweis erbringt, dass es seinen Beitrag nach der ursprünglich gewählten Beitragsklasse nicht mehr leisten kann.

**ADD 480B**

#### Anlage

##### Definition

einiger in dieser Konvention  
und in den Vollzugsordnungen  
der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

**Beobachter:** Eine Person, die nach den einschlägigen Bestimmungen der Grundsatzdokumente der Union von einem Mitgliedstaat, einer Organisation, einer Institution oder einem Rechtsträger entsandt wird, um ohne Stimmrecht an einer Konferenz, einer Versammlung oder einer Tagung der Union oder des Rates teilzunehmen.

**MOD 1002**  
**PP-94**  
**PP-98**

#### Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde niedergelegten Änderungen treten in ihrer Gesamtheit als eine einzige Urkunde zum 1. Januar 2008

instrument le 1<sup>er</sup> janvier 2008, entre les Etats Membres qui seront alors parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telle qu'amendée par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), par la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002).

Fait à Antalya, le 24 novembre 2006

zwischen den Mitgliedstaaten in Kraft, die dann Vertragsparteien der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde dieser Urkunde bzw. ihre Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994), der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) geänderten Form unterzeichnet.

Geschehen zu Antalya, den 24. November 2006

Erklärungen und Vorbehalte  
zum Abschluss der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion  
(Antalya 2006)\*

Déclarations et réserves  
faites à la fin de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications  
(Antalya, 2006)\*

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), les plénipotentiaires soussignés confirment qu'ils ont pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence.

1

*Original: espagnol***Pour la République orientale de l'Uruguay:**

La délégation de la République orientale de l'Uruguay réserve à son Gouvernement le droit:

- de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou les dispositions des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres membres compromettaient le plein exercice de ses droits souverains ou le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- de formuler des réserves additionnelles, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de la signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals.

2

*Original: anglais***Pour la République des Philippines:**

La délégation de la République des Philippines réserve à l'Etat philippin et à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire et suffisante, conformément à leur législation nationale, pour protéger leurs intérêts, au cas où des réserves formulées par des représentants d'autres Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou porteraient atteinte à leurs droits en tant que pays souverain.

La délégation des Philippines réserve en outre à l'Etat philippin et à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou

\*) Note du Secrétariat général – Les textes des déclarations et réserves sont présentés dans l'ordre chronologique de leur dépôt.

Dans la table des matières, ces textes sont classés dans l'ordre alphabétique français des noms des Etats Membres dont ils émanent.

Mit der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes, das ein Teil der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) ist, bestätigen die unterzeichnenden Regierungsbevollmächtigten, dass sie die folgenden Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen haben, die zum Abschluss der Konferenz vorgelegt wurden.

1

*Original: Spanisch***Für die Republik Östlich des Uruguay:**

Die Delegation der Republik Östlich des Uruguay behält ihrer Regierung das Recht vor,

- jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitglieder der Union die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht beachten oder falls die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht zusätzliche Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum der Unterzeichnung und dem Datum der möglichen Ratifikation der internationalen Urkunden, aus welchen die genannten Schlussakten bestehen, zu formulieren.

2

*Original: Englisch***Für die Republik der Philippinen:**

Die Delegation der Republik der Philippinen behält dem philippinischen Staat und seiner Regierung das Recht vor, jede ihnen notwendig und erforderlich erscheinende Maßnahme gemäß ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls die von den Vertretern anderer Mitgliedstaaten der Union geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste behindern oder ihre Souveränitätsrechte einschränken.

Die Delegation der Philippinen behält darüber hinaus dem philippinischen Staat und seiner Regierung das Recht vor, Erklä-

\*) Anmerkung des Generalsekretariats: Die Texte der Erklärungen und Vorbehalte werden in der chronologischen Reihenfolge ihrer Hinterlegung aufgeführt.

Im Inhaltsverzeichnis werden diese Texte in der französischen alphabetischen Reihenfolge der Namen der Mitgliedstaaten aufgeführt, von denen sie vorgelegt werden.

des réserves et/ou de prendre, au besoin, d'autres mesures appropriées avant le dépôt de l'instrument de ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications.

3

*Original: français***Pour la République du Burundi:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Antalya, 2006), la Délégation de la République du Burundi réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres de l'UIT n'observeraient pas, de quelque façon que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'UIT ainsi que de ses annexes telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Antalya, 2006), ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services et réseaux de télécommunication/TIC.

4

*Original: français***Pour la République du Niger:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires d'Antalya (2006), la délégation de la République du Niger réserve à son Gouvernement le droit de remettre en cause tout acte ou résolution qui serait contraire à ses intérêts.

La réserve du Niger porte en particulier sur tout acte qui serait contraire aux dispositions de la Constitution de la République, à la souveraineté nationale et à ses intérêts fondamentaux et ses services de télécommunication.

Le Niger se réserve en outre un droit de réserve aux Actes finals de la présente Conférence jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification desdits Actes.

5

*Original: anglais***Pour la République du Suriname:**

La Délégation de la République du Suriname à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), en signant les Actes finals de ladite Conférence, déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où d'autres membres n'observeraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Marrakech, 2002) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays ou le non-respect des dispositions de la Constitution et de la Convention compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 2 de formuler des réserves sur toute disposition de la Constitution ou de la Convention qui pourrait être contraire à son droit fondamental.

6

*Original: anglais***Pour la Thaïlande:**

La Délégation de la Thaïlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait

rungen und Vorbehalte zu formulieren und/oder bei Bedarf andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, bevor eine Ratifikationsurkunde zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hinterlegt wird.

3

*Original: Französisch***Für die Republik Burundi:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU (Antalya 2006) behält die Delegation der Republik Burundi ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten der ITU, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der ITU sowie ihrer Anhänge, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU (Antalya 2006), missachten oder falls die von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste und -netze/IKT beeinträchtigen sollten.

4

*Original: Französisch***Für die Republik Niger:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Antalya (2006) behält sich die Delegation der Republik Niger für ihre Regierung das Recht vor, jede Handlung oder Entschließung abzulehnen, die gegen ihre Interessen verstößt.

Der Vorbehalt des Niger gilt insbesondere für Handlungen, die den Bestimmungen der Verfassung der Republik, der nationalen Souveränität und ihren lebenswichtigen Interessen und den Erfordernissen ihrer Fernmeldedienste zuwiderlaufen.

Der Niger behält sich des Weiteren vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifizierungsurkunde Vorbehalte gegen die Schlussakte dieser Konferenz einzulegen.

5

*Original: Englisch***Für die Republik Suriname:**

Bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Suriname mit der Unterzeichnung der Schlussakten der genannten Konferenz, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- 1 jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitglieder die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002), oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachten oder falls von anderen Ländern formulierte Vorbehalte oder die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- 2 zu jeder Bestimmung der Konstitution oder der Konvention, die gegen ihre Grundrechte verstößt, Vorbehalte zu formulieren.

6

*Original: Englisch***Für Thailand:**

Die Delegation von Thailand behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in

pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou les dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par un autre Etat Membre compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

7

*Original: anglais***Pour la République de Saint-Marin:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Saint-Marin réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un membre de l'Union ne se conformerait pas aux dispositions de la Constitution, de la Convention et de ses annexes, des protocoles additionnels et des Règlements administratifs.

Le Gouvernement de la République de Saint-Marin se réserve également le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire si les réserves formulées par d'autres membres limitaient ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

8

*Original: français***Pour la Cité du Vatican:**

L'Etat de la Cité du Vatican se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si certains membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ou si des réserves formulées par d'autres pays portaient atteinte à ses intérêts.

9

*Original: espagnol***Pour le Honduras:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Honduras réserve à son Gouvernement le droit:

- de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger et sauvegarder ses intérêts nationaux conformément à son régime juridique national et au droit international, au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque façon que ce soit, ou cesserait d'appliquer les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les résolutions, les décisions, les recommandations, les annexes et les protocoles qui y sont joints et qui font partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006);
- de refuser la création et l'application d'une quelconque charge financière supplémentaire provenant d'une augmentation de l'unité contributive, autre que celle approuvée à la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006);
- de formuler des réserves additionnelles concernant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) entre la date de leur signature et la date de leur ratification.

welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geändert wurden, oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder falls die von einem anderen Mitglied der Union formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen.

7

*Original: Englisch***Für die Republik San Marino:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation der Republik San Marino ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und ihrer Anhänge, der Zusatzprotokolle und der Vollzugsordnungen missachtet.

Die Regierung der Republik San Marino behält sich ebenfalls das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste einschränken oder beeinträchtigen.

8

*Original: Französisch***Für den Staat Vatikanstadt:**

Der Staat Vatikanstadt behält sich das Recht vor, jede ihm notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um seine Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachten oder falls von anderen Ländern formulierte Vorbehalte seinen Interessen schaden.

9

*Original: Spanisch***Für Honduras:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Honduras seiner Regierung das Recht vor,

- jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme gemäß ihrem nationalen Rechtssystem und gemäß dem Völkerrecht zu ergreifen, um ihre nationalen Interessen zu schützen und zu bewahren, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie die dazugehörigen Entschlüsse, Entscheidungen, Empfehlungen, Anhänge und Protokolle, die Teil der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) sind, missachtet oder nicht mehr anwendet;
- die Entstehung und Anwendung einer aus der Erhöhung der Beitragseinheit resultierenden zusätzlichen finanziellen Belastung, die von den Beschlüssen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) abweicht, abzulehnen;
- zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation zusätzliche Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) zu formulieren.

10

*Original: anglais***Pour la Malaisie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la Malaisie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si des membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si les réserves formulées par d'autres membres avaient pour effet de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La délégation de la Malaisie réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves additionnelles qu'il pourra estimer nécessaires à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence et ce jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

11

*Original: anglais***Pour la République socialiste du Viet Nam:**

Au nom de son Gouvernement, la délégation de la République socialiste du Viet Nam à la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) déclare:

- 1 qu'elle maintient les réserves formulées par le Viet Nam à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et réaffirmées aux Conférences de plénipotentiaires de Nice (1989), de Genève (1992), de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002);
- 2 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution, de la Convention ou des Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les dispositions des appendices qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République socialiste du Viet Nam, nuisaient à ses intérêts ou portaient atteinte à sa souveraineté;
- 3 qu'elle réserve également à la République socialiste du Viet Nam le droit de formuler des réserves additionnelles lors de la ratification des amendements apportés à la Constitution et à la Convention par la 17e Conférence de plénipotentiaires de l'UIT, tenue à Antalya (Turquie).

12

*Original: anglais***Pour l'Union de Myanmar:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de l'Union de Myanmar réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, si un membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006);

10

*Original: Englisch***Für Malaysia:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig erscheint, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder falls Mitglieder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Urkunden zur Änderung (Antalya 2006) der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge missachten oder auch für den Fall, dass die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte zur Folge haben, dass das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährdet wird.

Die Delegation von Malaysia behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, alle zusätzlichen Vorbehalte zu formulieren, die ihr hinsichtlich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten notwendig erscheinen, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde.

11

*Original: Englisch***Für die Sozialistische Republik Vietnam:**

Im Namen ihrer Regierung gibt die Delegation der Sozialistischen Republik Vietnam bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) folgende Erklärung ab:

- 1 sie bestätigt die von Vietnam bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Nairobi (1982) eingelegten und bei den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten von Nizza (1989), Genf (1992), Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002) bekräftigten Vorbehalte;
- 2 sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, für den Fall, dass ein anderer Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention oder der Verwaltungsverordnungen der Internationalen Fernmeldeunion oder der Bestimmungen aus den dazugehörigen Zusätzen verstößt oder dass die von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste der Sozialistischen Republik Vietnam gefährden, ihren eigenen Interessen schaden oder ihre Souveränität beeinträchtigen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu schützen;
- 3 sie behält sich für die Sozialistische Republik Vietnam auch das Recht vor, bei der Ratifikation der bei der 17. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU in Antalya (Türkei) festgelegten Änderungen der Konstitution und der Konvention zusätzliche Vorbehalte vorzulegen.

12

*Original: Englisch***Für die Union Myanmar:**

Die Delegation der Union Myanmar behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) das Recht vor,

- 1 jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) verstößt;

- 2 de rejeter les conséquences de toute réserve formulée au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) par d'autres Gouvernements, qui risqueraient d'entraîner une augmentation de la part contributive de l'Union de Myanmar aux dépenses de l'Union ou qui risqueraient de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 3 de formuler toute réserve qu'il jugera appropriée à l'égard de n'importe quel texte de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) et de leurs annexes, qui pourraient directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté ou à ses intérêts.

13

*Original: français***Pour la République de Guinée:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Guinée réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains membres de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunications, ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale

14

*Original: anglais***Pour la République du Zimbabwe:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Zimbabwe réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourrait juger nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals, ou au cas où les réserves formulées par un pays, quel qu'il soit, seraient préjudiciables ou nuisibles aux intérêts du Zimbabwe. En outre, le Zimbabwe se réserve le droit de formuler des réserves ou de faire des déclarations sur des points bien précis avant la ratification des Actes finals.

15

*Original: anglais***Pour la République fédérale du Nigéria:**

La délégation de la République fédérale du Nigéria à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (UIT) (Antalya, 2006), en signant les Actes finals de ladite Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et/ou des réserves jusqu'au moment du dépôt de son instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992), telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), et à leurs annexes et protocoles.

Le Gouvernement de la République fédérale du Nigéria se réserve en outre le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, si d'autres Etats Membres ne se conformaient pas aux dispositions des instruments (Antalya, 2006) amendant lesdites Constitution et Convention de l'UIT, ou si les réserves qu'ils continuaient à formuler et les manquements permanents à leurs obligations compromettraient

- 2 die Auswirkungen jeglichen Vorbehaltes abzulehnen, den andere Regierungen in Bezug auf die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) äußern, abzulehnen, wenn dieser möglicherweise eine Erhöhung des Beitrags der Union Myanmar zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste dadurch gefährdet sein könnte;
- 3 jeden ihr angemessen erscheinenden Vorbehalt zu formulieren, und zwar in Bezug auf jeden beliebigen Text der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geändert wurden, und ihrer Anlagen, der direkt oder indirekt ihre Souveränität und ihre Interessen beeinträchtigen könnte.

13

*Original: Französisch***Für die Republik Guinea:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation der Republik Guinea ihrer Regierung das uneingeschränkte Recht vor, alle notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen zu ergreifen, um ihre nationalen Rechte und Interessen zu schützen, falls gewisse Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der genannten Schlussakten nicht beachten und direkt oder indirekt die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden sollten.

14

*Original: Englisch***Für die Republik Simbabwe:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation Simbabwes ihrer Regierung das Recht vor, alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten genannten Bedingungen nicht beachtet oder falls die von welchem Land auch immer formulierten Vorbehalte nachteilig oder schädlich für die Interessen Simbabwes sein sollten. Darüber hinaus behält Simbabwe sich das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten Vorbehalte zu formulieren oder Erklärungen zu bestimmten Punkten abzugeben.

15

*Original: Englisch***Für die Bundesrepublik Nigeria:**

Die Delegation der Bundesrepublik Nigeria bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) (Antalya 2006) behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der genannten Konferenz das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992), geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), und ihrer Anhänge und Protokolle Erklärungen und/oder Vorbehalte zu formulieren.

Die Regierung der Bundesrepublik Nigeria behält sich darüber hinaus das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der Dokumente zur Änderung (Antalya 2006) der genannten Konstitution und Konvention der ITU verstoßen oder falls die von ihnen weiterhin eingelegten Vorbehalte oder die dauerhafte Nichteinhaltung ihrer

ou entravaient le fonctionnement des services de télécommunication nigériens.

16

*Original: français***Pour la République gabonaise:**

La délégation de la République gabonaise réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure nécessaire pour protéger ses intérêts si certains Etats Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ainsi que les instruments d'amendement adoptés par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002), ou encore, si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication/technologie de l'information et de la communication;
- 2 d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves;
- 3 de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

17

*Original: anglais***Pour la République d'Indonésie:**

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), les Plénipotentiaires soussignés confirment que la délégation de la République d'Indonésie a pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence.

Au nom de la République d'Indonésie, la délégation de la République d'Indonésie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006):

- réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute disposition ou mesure de protection qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux si une disposition quelconque de la Constitution, de la Convention et des Résolutions ou une décision quelconque de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Antalya, 2006) portait atteinte directement ou indirectement à sa souveraineté ou était contraire à la Constitution, à la législation et à la réglementation de la République d'Indonésie ainsi qu'aux droits existants acquis par la République d'Indonésie en tant que partie à d'autres traités et conventions ou aux principes du droit international;
- réserve en outre à son Gouvernement le droit de prendre toute disposition et mesure de protection qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts nationaux au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) ou si les conséquences des réserves formulées par un membre compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation inacceptable de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

18

*Original: espagnol***Pour la République argentine:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunica-

Verpflichtungen das Funktionieren der nigerianischen Fernmeldedienste beeinträchtigen oder behindern.

16

*Original: Französisch***Für die Gabunische Republik:**

Die Delegation der Gabunischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 jede zur Wahrung ihrer Interessen erforderliche Maßnahme zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder an die von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten von Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002) angenommenen Änderungsurkunden halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das Funktionieren ihrer Fernmeldedienste/Informations- und Kommunikationstechnologien beeinträchtigen;
- 2 die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorbehalten ergeben könnten;
- 3 bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

17

*Original: Englisch***Für die Republik Indonesien:**

Mit der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes, das ein Teil der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) ist, bestätigen die unterzeichnenden Regierungsbevollmächtigten, dass die Delegation der Republik Indonesien die folgenden Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen hat, die zum Abschluss der Konferenz vorgelegt wurden.

Im Namen der Republik Indonesien behält die Delegation der Republik Indonesien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das Recht vor,

- jede ihr zum Schutz ihrer nationalen Interessen notwendig erscheinende Bestimmung oder Maßnahme geltend zu machen oder zu ergreifen, falls eine beliebige Bestimmung der Konstitution, der Konvention oder der Entschlüsse oder irgendeine Entscheidung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU (Antalya 2006) direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigt oder unvereinbar ist mit der Verfassung, der Gesetzgebung oder der Ordnung der Republik Indonesien oder mit den bestehenden Rechten, welche die Republik Indonesien als Vertragspartei anderer Verträge und Konventionen erworben hat, oder mit den Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar ist;
- darüber hinaus jede ihr notwendig erscheinende Bestimmung oder Schutzmaßnahme festzulegen, um ihre nationalen Interessen zu schützen, falls irgendein Mitglied, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) nicht beachtet oder falls die Auswirkungen der von einem Mitglied geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer nicht hinnehmbaren Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

18

*Original: Spanisch***Für die Argentinische Republik:**

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen

tions (Antalya, 2006), la délégation de la République argentine déclare qu'elle a pris note des déclarations et réserves formulées par les Etats Membres et réserve à son Gouvernement:

- 1 le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à son ordre juridique interne et au droit international, afin de protéger ses intérêts nationaux au cas où d'autres Etats Membres ne se conformeraient pas aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) et si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République argentine ou portaient atteinte à ses droits souverains;
- 2 le droit de formuler des réserves au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), entre la date de la signature des présents Actes finals et la date de présentation éventuelle des instruments de ratification desdits Actes finals, conformément à la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités.

19

*Original: arabe***Pour le Royaume de Bahreïn:**

La délégation du Royaume de Bahreïn à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclare que le Gouvernement du Royaume de Bahreïn se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992), leurs amendements (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) et leurs annexes, ou ne contribueraient pas aux dépenses de l'Union, ou si leurs réserves, actuelles ou futures, ou le fait qu'ils n'observent pas la Constitution et la Convention, compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume de Bahreïn, ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La délégation du Royaume de Bahreïn réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves additionnelles à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence jusqu'au moment du dépôt de son instrument de ratification desdits Actes finals.

20

*Original: espagnol***Pour la République d'El Salvador:**

La délégation de la République d'El Salvador réserve à son Gouvernement le droit:

- de n'accepter aucune mesure financière risquant d'entraîner des augmentations injustifiées de sa contribution aux dépenses de l'Union internationale des télécommunications;
- de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où certains membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002, et Antalya, 2006), ou des annexes et protocoles joints auxdits instruments, ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le plein exercice de ses droits souverains ou le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Argentinischen Republik, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte der Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen hat und sich für ihre Regierung das Recht vorbehält,

- 1 alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie gemäß ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung und dem Völkerrecht für erforderlich hält, um ihre nationalen Interessen zu wahren, wenn andere Mitgliedstaaten gegen die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) verstoßen und wenn die Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste der Argentinischen Republik beeinträchtigen oder ihre Souveränitätsrechte gefährden;
- 2 zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der vorliegenden Schlussakten und dem Zeitpunkt der möglichen Vorlage der Ratifikationsurkunden für die genannten Schlussakten gemäß Wiener Konvention von 1969 über das Vertragsrecht Vorbehalte gegen die genannten Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) einzulegen.

19

*Original: Arabisch***Für das Königreich Bahrain:**

Die Delegation des Königreiches Bahrain bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt, dass die Regierung des Königreiches Bahrain sich das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten die Bestimmungen zur Änderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992), ihrer Änderungen (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) und Anhänge, die von der genannten Konferenz angenommenen wurden, missachten, sich nicht an den Ausgaben der Union beteiligen oder ihre derzeitigen oder zukünftigen Vorbehalte oder die Tatsache, dass sie die Konstitution und die Konvention missachten, das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste des Königreiches Bahrain beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung seines Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

Die Delegation des Königreiches Bahrain behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den genannten Schlussakten zusätzliche Vorbehalte gegen die von der genannten Konferenz angenommenen Schlussakten einzulegen.

20

*Original: Spanisch***Für die Republik El Salvador:**

Die Delegation der Republik El Salvador behält ihrer Regierung das Recht vor,

- jede finanzielle Maßnahme abzulehnen, die möglicherweise zu ungerechtfertigten Erhöhungen ihres Beitrags zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion führen könnten;
- die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitglieder die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), oder die Bestimmungen der zu den genannten Instrumenten gehörenden Anhänge und Protokolle nicht beachten oder falls die von anderen Mitgliedern geäußerten Vorbehalte die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden;

- de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, des réserves additionnelles aux Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), à tout moment qu'il jugera opportun, entre la date de la signature et la date de la ratification éventuelle des instruments internationaux que constituent ces Actes finals.

21

*Original: anglais/arabe***Pour le Royaume hachémite de Jordanie:**

La délégation du Royaume hachémite de Jordanie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il pourrait estimer nécessaire ou toute mesure requise pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres de l'Union n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou des annexes, protocoles ou résolutions qui y sont joints;
- 2 de protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume hachémite de Jordanie;
- 3 de ne pas être lié par les dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements du Royaume hachémite de Jordanie;
- 4 de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'au moment où il ratifiera les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

22

*Original: anglais***Pour la République des Maldives:**

La délégation de la République des Maldives réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres de l'Union n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), (Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres de l'Union compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, portaient atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La délégation de la République des Maldives réserve en outre le droit de son Gouvernement de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il estimera nécessaires d'apporter aux Actes finals adoptés par la présente Conférence jusqu'au dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

- gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht ergänzende Vorbehalte zu den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum der Unterzeichnung und dem Datum der möglichen Ratifikation der internationalen Instrumente, aus welchen die genannten Schlussakten bestehen, zu formulieren.

21

*Original: Englisch/Arabisch***Für das Haschemitische Königreich Jordanien:**

Die Delegation des Haschemitischen Königreiches Jordanien behält ihrer Regierung mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) das Recht vor,

- 1 jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheinen könnte, oder jede erforderliche Maßnahme zu ergreifen, um ihre Rechte und Interessen zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), oder der dazugehörigen Anhänge, Protokolle oder Entschließungen verstoßen;
- 2 ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihre Beiträge zu den Ausgaben der Union nicht leisten oder falls die von anderen Mitgliedstaaten geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste des Haschemitischen Königreiches Jordanien gefährden;
- 3 die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) als nicht verbindlich für sich anzusehen, welche direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen oder gegen die Verfassung, die Gesetze und Vorschriften des Haschemitischen Königreiches Jordanien verstoßen;
- 4 andere Vorbehalte und Erklärungen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) ratifizieren wird, zu äußern.

22

*Original: Englisch***Für die Republik Malediven:**

Die Delegation der Republik Malediven behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, für den Fall, dass andere Mitglieder der Union die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Schlussakten der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), und der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachten oder falls die von anderen Mitgliedern der Union formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen, ihre Souveränität gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen.

Die Delegation der Republik Malediven behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, alle ihr notwendig erscheinenden ergänzenden Vorbehalte gegen die von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten einzulegen, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunde.

23

*Original: anglais/français***Pour la République de Pologne:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Pologne déclare au nom de son Gouvernement:

- 1 qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
- 2 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou si des réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 3 qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles à l'égard desdits Actes finals, ou de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

24

*Original: français***Pour la République de Côte d'Ivoire:**

La délégation de la République de Côte d'Ivoire déclare en signant les Actes finals de la présente Conférence, qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Etats Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées, ou encore, si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 2 d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves;
- 3 de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

25

*Original: espagnol***Pour la République bolivarienne du Venezuela:**

La délégation de la République bolivarienne du Venezuela réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres membres, actuels ou futurs, ne respecteraient pas les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002), des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Elle formule également des réserves concernant les articles des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunica-

23

*Original: Englisch/Französisch***Für die Republik Polen:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Polen im Namen ihrer Regierung,

- 1 dass sie keine Auswirkung akzeptiert, die sich aus Vorhalten ergibt, welche andere Regierungen geäußert haben und welche zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 2 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme für den Fall zu ergreifen, dass bestimmte Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, so wie sie durch die Schlussakten dieser Konferenz geändert werden, missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden sollten;
- 3 dass sie ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vorbehält, zusätzliche, spezielle Vorbehalte zu formulieren, und zwar hinsichtlich der genannten Schlussakten oder jedes anderen Instruments, das aus anderen relevanten Konferenzen der ITU hervorgeht und welches noch nicht ratifiziert wurde, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunde.

24

*Original: Französisch***Für die Republik Côte d'Ivoire:**

Die Delegation der Republik Côte d'Ivoire erklärt mit der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- 1 alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz ihrer Interessen zu ergreifen, falls bestimmte Mitgliedstaaten, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in ihrer geänderten Form missachten oder falls aufgrund der von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt wird;
- 2 die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorhalten ergeben könnten;
- 3 bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden weitere ihr notwendig erscheinende Vorbehalte zu formulieren.

25

*Original: Spanisch***Für die Bolivarische Republik Venezuela:**

Die Delegation der Bolivarischen Republik Venezuela behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere, derzeitige oder künftige, Mitglieder die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, und die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachten oder falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden.

Sie äußert ebenfalls Vorbehalte bezüglich der Artikel der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie

tions (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002), relatifs à l'arbitrage comme moyen de règlement des différends, conformément à la politique internationale du Gouvernement de la République bolivarienne du Venezuela en la matière.

26

*Original: français***Pour la République togolaise:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de 2006, tenue du 6 au 24 novembre 2006 à Antalya (Turquie), la délégation togolaise déclare ce qui suit:

La signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de 2006 est faite sous réserve de celles des dispositions desdits Actes qui porteraient atteinte à la souveraineté de la République togolaise, à sa législation ou aux dispositions de conventions signées par elle sur le plan international.

De même, la République togolaise se réserve le droit de ne pas appliquer les dispositions desdits Actes à l'égard de toute partie qui violerait ces dispositions ou qui ne les appliquerait pas dans ses relations avec le Togo.

27

*Original: anglais***Pour la République fédérative du Brésil:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Brésil réserve à son Administration le droit de prendre toute mesure qu'elle pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions spécifiées dans les Actes finals, ou si des réserves formulées par un Etat Membre compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Brésil.

En outre, le Brésil se réserve le droit de formuler des déclarations spécifiques ou des réserves additionnelles au moment du dépôt de sa notification à l'Union internationale des télécommunications de son consentement à être lié par les révisions de la Constitution et de la Convention et par les décisions adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

28

*Original: anglais***Pour le Népal:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Népal réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006);
- 2 de rejeter les conséquences de toute réserve faite concernant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) de l'Union internationale des télécommunications par d'autres gouvernements, qui pourraient entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 3 de formuler toute réserve qu'il jugera appropriée concernant tout texte de la Constitution et de la Convention de l'Union

durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert wurden, die sich auf die Schlichtung als Mittel zur Regelung von Streitfällen beziehen, und zwar entsprechend der diesbezüglichen internationalen Politik der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela.

26

*Original: Französisch***Für die Republik Togo:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von 2006, die vom 6. bis zum 24. November 2006 in Antalya (Türkei) stattfand, erklärt die Delegation Togos Folgendes:

Die Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von 2006 erfolgt vorbehaltlich derjenigen Bestimmungen der genannten Schlussakten, die die Souveränität der Republik Togo, ihre Gesetzgebung oder die Bestimmungen aus internationalen Abkommen, die Togo unterzeichnet hat, gefährden.

Desgleichen behält sich die Republik Togo das Recht vor, die Bestimmungen der genannten Schlussakten bezüglich all jener Parteien nicht anzuwenden, die diese Bestimmungen verletzen oder in ihren Beziehungen zu Togo nicht anwenden.

27

*Original: Englisch***Für die Föderative Republik Brasilien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation Brasiliens seinen Verwaltungsbehörden das Recht vor, jede ihnen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitgliedstaat der Union, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten dargelegten Bedingungen missachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Brasiliens beeinträchtigen.

Darüber hinaus behält sich Brasilien das Recht vor, spezifische Erklärungen oder zusätzliche Vorbehalte zu formulieren, und zwar zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Notifikation an die Internationale Fernmeldeunion, mit der es die Verbindlichkeit der Revisionen der Konstitution und der Konvention sowie der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Entscheidungen anerkennt.

28

*Original: Englisch***Für Nepal:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation Nepals ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, gegen die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) verstößt;
- 2 die Auswirkungen jeglicher Vorbehalte anderer Regierungen bezüglich der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) der Internationalen Fernmeldeunion zurückzuweisen, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen könnten;
- 3 jeden ihr geeignet erscheinenden Vorbehalt bezüglich aller Texte der Konstitution und der Konvention der Internationa-

internationale des télécommunications (Genève, 1992), y compris de leurs annexes, telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994; Minneapolis, 1998; Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), qui pourraient directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté ou à ses intérêts.

La délégation du Népal réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves additionnelles qu'il jugera nécessaires au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification approprié.

29

*Original: français/arabe***Pour la Tunisie:**

En signant les Actes finals de la dix-septième Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation tunisienne consigne les déclarations et réserves suivantes:

- A La délégation de la Tunisie réserve à son Gouvernement le droit:
- 1) de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts si des membres de l'Union n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et/ou de la Convention de l'Union (Antalya, 2006);
  - 2) de prendre les mesures nécessaires à la protection de ses intérêts, si des réserves déposées ou des mesures prises par d'autres Gouvernements devaient avoir pour conséquence de porter atteinte au bon fonctionnement de ses services de télécommunications ou de conduire à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union internationale des télécommunications;
  - 3) de refuser toutes dispositions desdites Constitution et Convention ou des annexes et protocoles qui y sont joints, qui pourraient affecter directement ou indirectement sa souveraineté et contrevenir à la Constitution ou aux lois de la République tunisienne;
  - 4) de faire toute autre déclaration ou réserve au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), jusqu'à la date du dépôt des instruments de ratification pertinents.
- B Compte tenu de l'absence de dispositions de la Constitution et de la Convention qui définissent les rapports entre un Etat Membre et les Membres de Secteur qui ne relèvent pas de son autorité, en cas de différend entre la Tunisie et de tels Membres de Secteur, la Tunisie se réserve le droit, pour le règlement de ce différend, de demander l'application de l'article 56 de la Constitution vis-à-vis de tout Etat Membre dont relèvent les Membres de Secteur concernés.
- C La signature du présent document par la délégation de la Tunisie ne saurait représenter de quelque manière que ce soit une reconnaissance implicite d'un membre de l'UIT non préalablement reconnu par la Tunisie ou de tout ou partie d'accords internationaux auxquels la Tunisie n'aurait pas expressément adhéré.

30

*Original: français***Pour la France:**

- 1 La délégation française réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou

len Fernmeldeunion (Genf 1992) einschließlich ihrer Anhänge, geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), zu formulieren, die direkt oder indirekt ihre Souveränität oder ihre Interessen gefährden könnten.

Die Delegation Nepals behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, zusätzliche, ihr notwendig erscheinende Vorbehalte bezüglich der von der genannten Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung einer geeigneten Ratifikationsurkunde.

29

*Original: Französisch/Arabisch***Für Tunesien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der siebzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) hinterlegt die tunesische Delegation die folgenden Erklärungen und Vorbehalte:

- A Die Delegation Tunesiens behält ihrer Regierung das Recht vor,
- 1) jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zum Schutz ihrer Interessen zu ergreifen, falls Mitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und/oder der Konvention der Union (Antalya 2006) missachten;
  - 2) die zum Schutz ihrer Interessen notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, falls die von anderen Regierungen hinterlegten Vorbehalte oder ergriffenen Maßnahmen das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion führen sollten;
  - 3) jede Bestimmung der genannten Konstitution und Konvention oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle abzulehnen, die direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen und der Verfassung oder den Gesetzen der Republik Tunesien zuwiderlaufen könnten;
  - 4) bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der einschlägigen Ratifikationsurkunden jede weitere Erklärung oder jeden weiteren Vorbehalt bezüglich der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) zu formulieren.
- B Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Bestimmung der Konstitution und Konvention die Beziehungen zwischen einem Mitgliedstaat und den Sektormitgliedern definiert, die nicht seiner Autorität unterstehen, behält sich Tunesien das Recht vor, im Streitfall zwischen Tunesien und einem solchen Sektormitglied zur Regelung dieses Streitfalls die Anwendung des Artikels 56 der Konstitution gegenüber jedem Mitgliedstaat zu fordern, zu dem die betreffenden Sektormitglieder gehören.
- C Die Unterzeichnung dieses Dokuments durch die Delegation von Tunesien kann in keiner Weise verstanden werden als implizite Anerkennung eines Mitglieds der ITU, das zuvor nicht von Tunesien anerkannt worden ist, oder aller oder eines Teils von internationalen Abkommen, denen Tunesien nicht ausdrücklich beigetreten ist.

30

*Original: Französisch***Für Frankreich:**

- 1 Die Delegation von Frankreich behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Anteil an den Ausgaben der Union

manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

- 2 La délégation française déclare formellement que, pour ce qui concerne la France, l'application à titre provisoire ou définitif des amendements aux Règlements administratifs de l'Union tels que définis à l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telle qu'amendée par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994 et Minneapolis, 1998), s'entend dans la mesure autorisée par le droit national.

31

*Original: anglais***Pour la République de Singapour:**

La délégation de la République de Singapour réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union ne respectait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si une réserve formulée par un Membre de l'Union compromettrait le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République de Singapour, portait atteinte à sa souveraineté ou entraînait une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

32

*Original: arabe***Pour le Royaume d'Arabie saoudite:**

La délégation du Royaume d'Arabie saoudite à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclare que son Gouvernement se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992) et leurs amendements (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ainsi que leurs annexes, ou s'ils n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou encore si leurs réserves, formulées maintenant ou dans l'avenir, ou leur non-respect des dispositions de la Constitution et de la Convention compromettrait le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume d'Arabie saoudite ou entraînait une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La délégation du Royaume d'Arabie saoudite réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler les réserves additionnelles qu'il jugera nécessaires au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence jusqu'au moment du dépôt de son instrument de ratification desdits Actes finals.

33

*Original: anglais***Pour l'Islande, la Principauté de Liechtenstein et la Norvège:**

Les délégations des Etats Membres susmentionnés de l'Espace économique européen déclarent que lesdits Etats

ne peuvent, dans aucune circonstance, être tenus de ne pas

nicht leisten oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geändert und von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommen wurden, missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren seiner Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung seines Anteils an den Ausgaben der Union führen.

- 2 Die französische Delegation erklärt ausdrücklich, dass, was Frankreich anbelangt, die vorläufige oder definitive Anwendung der Revisionen der Vollzugsordnungen der Union, so wie sie in Artikel 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994 und Minneapolis 1998), definiert wird, in dem Maße erfolgt, wie es die innerstaatliche Rechtsprechung zulässt.

31

*Original: Englisch***Für die Republik Singapur:**

Die Delegation der Republik Singapur behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle missachtet oder falls ein von einem Mitglied der Union formulierter Vorbehalt das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Singapur gefährdet, ihre Souveränität beeinträchtigt oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führt.

32

*Original: Arabisch***Für das Königreich Saudi-Arabien:**

Die Delegation des Königreichs Saudi-Arabien erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006), dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls andere Mitgliedstaaten die von dieser Konferenz angenommenen Bestimmungen zur Änderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und ihrer Änderungen (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) sowie ihrer Anhänge nicht beachten oder falls sie ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder aber falls ihre zum jetzigen oder einem zukünftigen Zeitpunkt formulierten Vorbehalte oder ihre Missachtung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste des Königreichs Saudi-Arabien gefährden oder eine Erhöhung seines Anteils an den Ausgaben der Union mit sich bringen.

Die Delegation des Königreichs Saudi-Arabien behält darüber hinaus ihrer Regierung das Recht vor, zusätzliche Vorbehalte zu formulieren, welche sie hinsichtlich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten für notwendig erachtet, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den genannten Schlussakten.

33

*Original: Englisch***Für Island, das Fürstentum Liechtenstein und Norwegen:**

Die Delegationen der oben genannten Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes erklären, dass die genannten

Membres appliqueront les instruments adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) conformément aux obligations découlant pour elles du Traité instituant l'Espace économique européen.

34

*Original: espagnol***Pour le Mexique:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications adoptés à Antalya (Turquie) en 2006, la délégation du Mexique réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 d'adopter et de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour sauvegarder sa souveraineté, au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, ou cesserait d'appliquer les dispositions contenues dans les textes fondamentaux de l'Union, la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications;
- 2 de formuler, en vertu de la Convention de Vienne sur le droit des traités, d'autres réserves au sujet des présents Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, conformément aux procédures prévues par sa législation nationale;
- 3 de ne se considérer lié par aucune disposition des présents Actes finals ayant pour effet de limiter ou de tendre à limiter son droit de formuler les réserves qu'il estime pertinentes;
- 4 d'adopter et de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts en ce qui concerne l'utilisation des bandes de fréquences pour les services de radiocommunication et les orbites associées, y compris l'orbite des satellites géostationnaires aux fins de la prestation de ses services de télécommunication, au cas où des retards ou des difficultés dans l'application des procédures concernées causeraient un préjudice, en eux-mêmes ou du fait d'autres membres;
- 5 de refuser la création et l'application d'une quelconque charge supplémentaire, y compris financière, en sus de l'unité contributive, approuvée à la présente Conférence et qui pourrait nuire à l'intérêt national;
- 6 par ailleurs, le Gouvernement du Mexique maintient et confirme les réserves qu'il a formulées lors de la signature des Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Genève, 1992, Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ainsi que celles formulées à l'occasion de l'adoption et de la révision des Règlements administratifs visés dans l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications, ainsi que toutes les réserves formulées par le Gouvernement du Mexique au sujet d'autres traités qui se rapportent directement aux télécommunications.

35

*Original: anglais/arabe***Pour la République d'Iraq:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République d'Iraq réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger et sauvegarder ses droits souverains au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas ou n'appliqueraient pas les dispositions des instruments fondamentaux de l'Union ainsi que des résolutions, des recommandations et des annexes constituant les Actes finals de la présente Conférence;

Mitgliedstaaten die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Instrumente gemäß der Verpflichtungen, die sich für sie aus dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum ergeben, anwenden.

34

*Original: Spanisch***Für Mexiko:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion, die 2006 in Antalya (Türkei) angenommen wurden, behält die Delegation von Mexiko ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 jede Maßnahme zu bestimmen und zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer souveränen Rechte für erforderlich hält, falls sich ein anderer Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, nicht oder nicht mehr an die Bestimmungen der Gründungstexte der Union, der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält;
- 2 nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Vertragsrecht weitere Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr zwischen ihrer Unterzeichnung und ihrer Ratifikation sinnvoll erscheint, und zwar gemäß den durch ihre innerstaatliche Gesetzgebung vorgesehenen Verfahren;
- 3 keine Bestimmung dieser Schlussakten als verbindlich für sich anzusehen, die zur Folge hat oder darauf ausgerichtet ist, ihr Recht, die ihr geeignet erscheinenden Vorbehalte zu formulieren, einzuschränken;
- 4 die Maßnahmen zu bestimmen und zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, was die Nutzung der Frequenzbereiche für die Funkdienste und die zugehörigen Umlaufbahnen, einschließlich der Umlaufbahn der geostationären Satelliten im Hinblick auf die Bereitstellung ihrer Fernmeldedienste, angeht, falls Verzögerungen oder Schwierigkeiten bei der Anwendung der betreffenden Verfahren an sich oder durch das Verhalten anderer Mitglieder eine Beeinträchtigung darstellen;
- 5 die Bildung und Umsetzung irgendeiner zusätzlich zur Beitragseinheit anfallenden, auch finanziellen, Belastung abzulehnen, die bei dieser Konferenz gebilligt wurde und dem nationalen Interesse schaden könnte;
- 6 ferner möchte die Regierung von Mexiko diejenigen Vorbehalte aufrechterhalten und bestätigen, die sie bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Genf (1992), Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002) sowie bei der Annahme und Revision der Vollzugsordnungen formuliert hat und die in Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion angesprochen werden; dies gilt auch für alle Vorbehalte, die die Regierung von Mexiko bezüglich anderer Verträge, die in direktem Bezug zum Fernmeldewesen stehen, formuliert hat.

35

*Original: Englisch/Arabisch***Für die Republik Irak:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation der Republik Irak ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Souveränitätsrechte zu schützen und zu bewahren, falls andere Mitgliedstaaten die Bestimmungen der Grundsatzdokumente der Union sowie der Entschlüsse, Empfehlungen und Anhänge, aus welchen die Schlussakten dieser Konferenz bestehen, missachten oder nicht anwenden;

- 2 de formuler, en vertu de la Convention de Vienne de 1969 sur le Droit des traités, toute réserve au sujet des Actes finals susmentionnés, à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification;
- 3 de formuler des réserves concernant toute disposition de la Constitution et de la Convention qui pourrait être incompatible avec la Constitution de la République d'Iraq et son droit fondamental;
- 4 de protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République d'Iraq;
- 5 de n'accepter aucune conséquence résultant de réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

36

*Original: français***Pour la Belgique:**

La signature des membres de la délégation engagera également la communauté française, la communauté flamande et la communauté germanophone.

37

*Original: anglais***Pour les Etats fédérés de Micronésie:**

Les Etats fédérés de Micronésie se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (édition 1999) et de leurs éventuels amendements. Les Etats fédérés de Micronésie se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.

38

*Original: anglais***Pour le Portugal:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Portugal déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements, susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des membres n'assureraient pas leur part contributive des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles au sujet desdits Actes finals, ou de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT et non encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

- 2 gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahr 1969 über das Vertragsrecht jeden anderen Vorbehalt bezüglich der genannten Schlussakten zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum ihrer Unterzeichnung und dem Datum ihrer Ratifikation zu formulieren;
- 3 Vorbehalte bezüglich aller Bestimmungen der Konstitution und der Konvention zu formulieren, die unvereinbar mit der Verfassung der Republik Irak und ihren Grundrechten sein könnten;
- 4 ihre Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder falls von anderen Mitgliedstaaten formulierte Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Irak beeinträchtigen;
- 5 keinerlei Folge aus Vorbehalten anzuerkennen, die zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen könnten.

36

*Original: Französisch***Für Belgien:**

Die Unterzeichnung durch die Mitglieder der Delegation ist auch für die französische, flämische und deutschsprachige Gemeinschaft bindend.

37

*Original: Englisch***Für die Föderierten Staaten von Mikronesien:**

Die Föderierten Staaten von Mikronesien behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggfs. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Auflage 1999) und eventueller Abänderungen ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Föderierten Staaten von Mikronesien behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich halten, um ihre Interessen zu schützen.

38

*Original: Englisch***Für Portugal:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation Portugals im Namen ihrer Regierung:

- a) sie lehnt alle Konsequenzen ab, die sich aus Vorbehalten anderer Regierungen ergeben, die zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union führen könnten;
- b) sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr erforderlich erscheinen, um ihre Interessen zu wahren, wenn Mitglieder ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder in anderer Weise gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der durch die Schlussakte dieser Konferenz geänderten Form verstoßen oder aber wenn die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- c) sie behält sich des Weiteren für ihre Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifizierungsurkunde weitere spezielle Vorbehalte gegen die genannte Schlussakte oder jede andere noch nicht ratifizierte Urkunde, die von anderen einschlägigen Konferenzen der ITU erarbeitet wird, einzulegen.

39

*Original: français***Pour la République du Mali:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République du Mali réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Etats Membres et Membres de Secteur de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunication ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

40

*Original: français***Pour la République fédérale d'Allemagne:**

- 1 La délégation de la République fédérale d'Allemagne réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres n'assumeraient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respecteraient pas, de quelque autre manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires de Marrakech, 2002, de Kyoto, 1994, et Minneapolis, 1998 ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.
- 2 La délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare, à propos de l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves formulées au nom de la République fédérale d'Allemagne lors de la signature des Règlements administratifs visés à l'article 4.

41

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

- 1 Le Gouvernement de l'Etat d'Israël déclare se réserver le droit:
  - a) de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts et pour sauvegarder le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, au cas où ils seraient compromis par les décisions ou les résolutions de la présente Conférence ou par des réserves formulées par d'autres Etats Membres;
  - b) de prendre toute mesure pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou les dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore si des déclarations ou des réserves formulées par d'autres Etats Membres avaient pour effet de nuire au bon fonctionnement de ses services de télécommunication.
- 2 Le Gouvernement de l'Etat d'Israël se réfère à la Résolution 99 (Rév. Antalya, 2006) de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT et exprime sa position en l'espèce, à savoir que l'interprétation et l'application de ladite Résolution par tous les intéressés doivent être conformes et subordonnées aux dispositions de tout accord ou tout arrangement bilaté-

39

*Original: Françaisch***Für die Republik Mali:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006), behält die Delegation der Republik Mali ihrer Regierung das uneingeschränkte Recht vor, alle notwendigen Maßnahmen oder Vorkehrungen zu ergreifen, um ihre nationalen Rechte und Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten und Sektormitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der genannten Schlussakten nicht einhalten und direkt oder indirekt den Interessen ihrer Fernmeldedienste schaden oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden.

40

*Original: Françaisch***Für die Bundesrepublik Deutschland:**

- 1 Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002, Kioto 1994 und Minneapolis 1998) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.
- 2 Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Hinblick auf Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), dass sie die Vorbehalte, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

41

*Original: Englisch***Für den Staat Israel:**

- 1 Die Delegation des Staates Israel behält ihrer Regierung das Recht vor,
  - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse oder Entschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen;
  - b) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedstaat nicht an die Bestimmungen der geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), ihre Anlagen oder die ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls die von anderen Mitgliedstaaten formulierten Vorbehalte zur Folge hätten, das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste zu beeinträchtigen.
- 2 Die Delegation des Staates Israel bezieht sich auf die Entschliessung 99 (Rev. Antalya 2006) der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU und legt ihre Position im vorliegenden Fall vor, d. h. dass die Auslegung und Anwendung der genannten Entschliessung durch alle Betroffenen den Bestimmungen jedes derzeitigen oder zukünftigen Abkom-

ral, actuel ou futur, entre Israël et la partie palestinienne. En outre, Israël interprétera et appliquera ladite Résolution conformément à la législation israélienne applicable et sous réserve de ladite législation.

- 3 Le Gouvernement de l'Etat d'Israël se réserve le droit de modifier les réserves et les déclarations qui précèdent et de formuler toutes les nouvelles réserves ou les nouvelles déclarations qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt de ses instruments de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

42

*Original: espagnol***Pour le Nicaragua:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Nicaragua réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger et sauvegarder ses intérêts nationaux conformément à son cadre juridique interne et au droit international, au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, ou cesserait d'appliquer les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ainsi que les Résolutions, les Décisions, les Recommandations, les annexes et les protocoles qui composent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006);
- b) de refuser la création et l'application d'une quelconque charge financière supplémentaire pour le Nicaragua provenant de l'augmentation de l'unité contributive, autre que celle approuvée à la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006);
- c) de formuler des réserves additionnelles au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) entre la date de leur signature et la date de leur ratification par le Gouvernement du Nicaragua.

43

*Original: anglais***Pour la République de l'Inde:**

- 1 En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de l'Inde déclare n'accepter pour son Gouvernement aucune conséquence financière résultant de réserves qui pourraient être formulées par un Membre sur des questions relatives aux finances de l'Union.
- 2 Par ailleurs, la délégation de la République de l'Inde réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, une ou plusieurs dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou des Règlements administratifs.

44

*Original: anglais***Pour le Malawi:**

Au nom de son Gouvernement, la délégation de la République du Malawi, déclare:

mens oder bilateralen Übereinkommens zwischen Israel und der palästinensischen Seite entsprechen und unterliegen müssen. Ferner wird Israel die genannte Entscheidung gemäß und vorbehaltlich seiner geltenden israelischen Gesetzgebung auslegen und anwenden.

- 3 Die Regierung des Staates Israel behält sich das Recht vor, die vorangegangenen Vorbehalte und Erklärungen zu ändern und alle ihr notwendig erscheinenden neuen Vorbehalte und Erklärungen zu äußern, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Urkunden zur Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006).

42

*Original: Spanisch***Für Nicaragua:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation Nicaraguas ihrer Regierung das Recht vor,

- a) jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre nationalen Interessen gemäß ihrem innerstaatlichen Rechtsrahmen und dem Völkerrecht zu schützen und zu wahren, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Entschlüsse, Entscheidungen, Empfehlungen, Anhänge und Protokolle, aus welchen die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) bestehen, missachtet oder nicht mehr anwendet;
- b) die Entstehung und Anwendung einer aus der Erhöhung der Beitragseinheit resultierenden zusätzlichen finanziellen Belastung für Nicaragua, die von den Beschlüssen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) abweicht, abzulehnen;
- c) zusätzliche Vorbehalte bezüglich der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) zu formulieren, und zwar zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation durch die Regierung Nicaraguas.

43

*Original: Englisch***Für die Republik Indien:**

- 1 Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Indien im Namen ihrer Regierung, dass sie keine finanziellen Auswirkungen akzeptiert, die sich aus Vorbehalten ergeben, welche von anderen Mitgliedern in Bezug auf finanzielle Fragen der Union formuliert werden.
- 2 Die Delegation der Republik Indien behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr notwendig erscheint, um ihre Interessen zu schützen und zu wahren, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, eine oder mehrere Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Änderungen, vorgenommen durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), oder der Vollzugsordnungen missachtet.

44

*Original: Englisch***Für Malawi:**

Im Namen ihrer Regierung erklärt die Delegation der Republik Malawi,

- 1 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un pays ne se conformerait pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et aux amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou aux dispositions de tout autre instrument connexe.
- 2 qu'elle n'acceptera aucune conséquence résultant des réserves faites par un autre pays et qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera appropriée.

45

*Original: anglais***Pour la République tchèque:**

La délégation de la République tchèque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou n'observerait pas les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que déjà amendées par les instruments de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998) et de Marrakech (2002) ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

46

*Original: anglais***Pour la République du Botswana:**

La délégation de la République du Botswana déclare que le Gouvernement de la République du Botswana:

- 1 se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) et/ou d'autres instruments associés;
- 2 n'acceptera aucune conséquence résultant d'une réserve formulée par un pays et se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il jugera appropriée.

47

*Original: anglais***Pour la République sudafricaine:**

En signant les Actes finals, la République sudafricaine réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002), ou si des réserves formulées par des membres nuisaient, directement ou indirectement, au bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa souveraineté;
- 2 de formuler les réserves additionnelles qui s'imposeront jusqu'au dépôt, par la République sudafricaine, des instru-

- 1 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr erforderlich erscheinen könnte, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Land die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und die Bestimmungen der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten beschlossenen Änderungsurkunden (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) oder die Bestimmungen jeder anderen damit verbundenen Urkunde missachtet;
- 2 dass sie keine Auswirkung annimmt, die sich aus den von einem anderen Land geäußerten Vorbehalten ergibt, und dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr angemessen erscheinende Maßnahme zu ergreifen.

45

*Original: Englisch***Für die Tschechische Republik:**

Die Delegation der Tschechischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), bereits geändert durch die Urkunden von Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002), missachtet oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen könnten.

46

*Original: Englisch***Für die Republik Botsuana:**

Die Delegation der Republik Botsuana erklärt im Namen der Regierung der Republik Botsuana,

- 1 dass sie dieser das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Länder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und aller hierzu von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) vorgenommenen Änderungen und/oder andere zu ihnen gehörige Urkunden halten;
- 2 dass sie keine Folgen von Vorbehalten irgendeines Landes anerkennt und ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält.

47

*Original: Englisch***Für die Republik Südafrika:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten behält die Republik Südafrika ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte solcher Mitglieder unmittelbar das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren;
- 2 ferner behält sie ihrer Regierung das Recht vor, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Republik Südafrika die Änderungs-

ments d'amendement (Antalya, 2006) de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002).

48

*Original: anglais***Pour la République islamique du Pakistan:**

La délégation de la République islamique du Pakistan réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si des réserves formulées par d'autres membres compromettaient, directement ou indirectement, les intérêts de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à sa sécurité ou à sa souveraineté nationale.

49

*Original: anglais***Pour la Mongolie:**

La délégation de la Mongolie réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), et de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Mongolie ou entraînaient une augmentation de sa contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

50

*Original: anglais***Pour la République slovaque:**

La délégation de la République slovaque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que déjà amendées par les instruments de Kyoto (1994), Minneapolis (1998) et Marrakech (2002) ou si des réserves formulées par d'autres Etats Membres risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

51

*Original: anglais/français/espagnol*

**Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, la République de Bulgarie, la République de Chypre, le Danemark, l'Espagne, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la Grèce, la République de Hongrie, l'Irlande, l'Italie, la République de Lettonie, la République de Lituanie, le Luxembourg, Malte, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, la République slo-**

urkunden (Antalya 2006) zu der durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ratifiziert, erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

48

*Original: Englisch***Für die Islamische Republik Pakistan:**

Die Delegation der Islamischen Republik Pakistan behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Urkunden zur Änderung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) angenommen wurden, oder der dazugehörigen Anhänge missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte direkt oder indirekt die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Sicherheit und nationale Souveränität schädigen.

49

*Original: Englisch***Für die Mongolei:**

Die Delegation der Mongolei behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zum Zeitpunkt der Ratifikation der Urkunden zur Änderung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) zu hinterlegen und jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Mongolei gefährden oder zu einer Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

50

*Original: Englisch***Für die Slowakische Republik:**

Die Delegation der Slowakischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), bereits geändert durch die Urkunden von Kioto (1994), Minneapolis (1998) und Marrakesch (2002), halten sollte oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen könnten.

51

*Original: Englisch/Französisch/Spanisch*

**Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, die Republik Bulgarien, die Republik Zypern, Dänemark, Spanien, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, die Republik Ungarn, Irland, Italien, die Republik Lettland, die Republik Litauen, Luxemburg, Malta, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Rumän-**

**vaque, la République tchèque, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République de Slovaquie et la Suède:**

Les délégations des Etats Membres de l'Union européenne et des pays adhérents, la Bulgarie et la Roumanie, déclarent que les Etats Membres de l'Union européenne et les pays adhérents, la Bulgarie et la Roumanie, appliqueront les instruments adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) conformément à leurs obligations découlant du Traité instituant la Communauté européenne.

52

*Original: français*

**Pour la République du Sénégal:**

Ayant pris connaissance des déclarations faites par les autres Etats Membres, la délégation de la République du Sénégal, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement:

- 1 le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où un membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998), de Marrakech (2002) et d'Antalya (2006) ou les dispositions, annexes et règlements administratifs qui y sont joints; ou si les conséquences des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettraient directement ou indirectement les services de télécommunications du Sénégal ou porteraient atteinte à ses droits en tant que pays souverain;
- 2 le droit de ne pas être lié par les révisions partielles ou totales des règlements administratifs adoptés après la date de signature des présents Actes finals, s'il n'a pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications son consentement;
- 3 de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

53

*Original: espagnol*

**Pour la République du Paraguay:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République du Paraguay déclare qu'elle réserve à son Gouvernement, en vertu des dispositions de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, le droit de formuler des réserves au sujet desdits Actes finals, à tout moment qu'il jugera opportun, entre la date de la signature et la date de la ratification éventuelle des instruments internationaux que constituent ces Actes.

54

*Original: français*

**Pour la République du Cameroun:**

En signant les présents Actes finals, la République du Cameroun se réserve le droit:

- 1 de prendre toutes les mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si:
  - un Etat Membre venait à ne pas observer, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution

**nien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Republik Slowenien und Schweden:**

Die Delegationen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Kandidatenländer, der Republik Bulgarien und der Republik Rumänien, erklären, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Urkunden in Übereinstimmung mit ihren aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft abgeleiteten Verpflichtungen anwenden werden.

52

*Original: Französisch*

**Für die Republik Senegal:**

Nach Kenntnisnahme der Erklärungen der anderen Mitgliedstaaten behält sich die Delegation der Republik Senegal bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) für ihre Regierung das Recht vor,

- 1 für den Fall, dass ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geänderten Form bzw. gegen die dazugehörigen Bestimmungen, Anhänge und Verwaltungsverordnungen aus ihren Zusätzen und Anhängen verstößt oder wenn die Auswirkungen der von anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vorbehalte die Fernmeldedienste des Senegal direkt oder indirekt gefährden oder seine Rechte als souveränes Land bedrohen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre nationalen Interessen zu schützen;
- 2 sich nicht an die teilweisen oder vollständigen Änderungen der Verwaltungsverordnungen gebunden zu fühlen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakte verabschiedet werden, sofern sie nicht der Internationalen Fernmeldeunion ausdrücklich ihre Zustimmung mitgeteilt hat;
- 3 keinerlei finanzielle Maßnahme zu akzeptieren, die eine nicht gerechtfertigte Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte.

53

*Original: Spanisch*

**Für die Republik Paraguay:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Paraguay, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, gemäß den Bestimmungen der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu jedem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Datum der Unterzeichnung und dem Datum der möglichen Ratifikation der internationalen Instrumente, aus welchen die genannten Schlussakten bestehen, zu formulieren.

54

*Original: Französisch*

**Für die Republik Kamerun:**

Mit der Unterzeichnung dieser Schlussakten behält sich die Republik Kamerun das Recht vor,

- 1 alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifen, wenn
  - ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Inter-

et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et ses amendements subséquents adoptés par les Conférences de plénipotentiaires de Kyoto (1994), de Minneapolis (1998), de Marrakech (2002) et d'Antalya (2006);

- les réserves formulées par d'autres Etats Membres portaient atteinte à ses intérêts;
- 2 de formuler toutes réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

55

*Original: espagnol***Pour l'Equateur:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), la délégation de l'Equateur réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire, en vertu de son droit souverain, de sa législation nationale et du droit international, au cas où ses intérêts seraient menacés du fait du non-respect par d'autres Etats Membres des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), en particulier des dispositions de l'article 44 de la Constitution, pour préserver les droits qu'il partage avec les autres Etats Membres de la Communauté andine, au sujet des fréquences et de la position orbitale à 67° Ouest des réseaux à satellite «Simón Bolívar A» et «Simón Bolívar 2A».

56

*Original: espagnol***Pour l'Espagne:**

- 1 La délégation de l'Espagne déclare au nom de son Gouvernement qu'elle n'accepte aucune déclaration ou réserve formulée par d'autres gouvernements susceptibles d'entraîner une augmentation de ses obligations financières.
- 2 La délégation de l'Espagne, en vertu des dispositions de la Convention de Vienne du 23 mai 1969 sur le droit des traités, réserve au Royaume d'Espagne le droit de formuler des réserves au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification approprié.

57

*Original: anglais***Pour la République arabe syrienne:**

La délégation de la République arabe syrienne à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclare, au nom du Gouvernement de la République arabe syrienne, que celui-ci se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002) ou si les réserves faites par ce membre, maintenant ou dans l'avenir, en adhérant aux instruments susmentionnés ou en les ratifiant, compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Syrie ou entraîneraient une augmentation de la part contributive de la Syrie aux dépenses de l'Union.

La République arabe syrienne se réserve en outre le droit de formuler toute réserve additionnelle qu'elle jugera nécessaire au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence, jus-

nationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der späteren Änderungen durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto (1994), Minneapolis (1998), Marrakesch (2002) und Antalya (2006) verstößt;

- die von den anderen Ländern eingelegten Vorbehalte ihre Interessen gefährden;
- 2 weitere Vorbehalte einzulegen, wenn sie dies zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden für erforderlich hält.

55

*Original: Spanisch***Für Ecuador:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) behält sich die Delegation von Ecuador für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihrem Souveränitätsrecht, nach ihrer nationalen Gesetzgebung und nach dem Völkerrecht für erforderlich hält für den Fall, dass ihre Interessen durch die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geänderten Form, insbesondere der Bestimmungen des Artikels 44 der Konstitution, bedroht sind, und um die gemeinsamen Rechte Ecuadors und der anderen Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft bezüglich der Frequenzen und Positionierung der Satellitennetze „Simón Bolívar A“ und „Simón Bolívar 2A“ auf 67° West zu schützen.

56

*Original: Spanisch***Für Spanien:**

- 1 Die Delegation von Spanien erklärt im Namen ihrer Regierung, dass sie weder Erklärungen noch Vorbehalte anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihrer finanziellen Verpflichtungen nach sich ziehen könnten.
- 2 Die Delegation von Spanien behält nach dem Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Vertragsrecht dem Königreich Spanien das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde Vorbehalte zu den von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

57

*Original: Englisch***Für die Arabische Republik Syrien:**

Die Delegation der Arabischen Republik Syrien erklärt bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) im Namen der Regierung der Arabischen Republik Syrien, dass diese sich das Recht vorbehält, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheinen könnte, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) missachtet oder falls die von diesem Mitglied zum jetzigen oder einem zukünftigen Zeitpunkt formulierten Vorbehalte, indem es den oben genannten Urkunden beitrifft oder sie ratifiziert, das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Syriens gefährden oder zu einer Erhöhung des Anteils Syriens an den Ausgaben der Union führen.

Die Arabische Republik Syrien behält sich darüber hinaus das Recht vor, alle ihr notwendig erscheinenden zusätzlichen Vorbehalte in Bezug auf die von dieser Konferenz angenommenen

qu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification desdits Actes finals.

58

*Original: espagnol***Pour la République de Colombie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Colombie:

- 1 déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
  - a) d'adopter toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à son ordre juridique interne et au droit international, pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où d'autres membres ne se conformeraient pas aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) et au cas où les réserves formulées par les représentants d'autres Membres compromettraient les services de télécommunication de la République de Colombie ou le plein exercice de ses droits souverains;
  - b) de formuler des réserves, conformément à la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), à tout moment qu'elle jugera opportun entre la date de signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals. En conséquence, elle ne s'estime pas liée par les règles qui limitent le droit souverain de faire des réserves au moment de la signature des Actes finals des conférences et autres réunions de l'Union;
- 2 réaffirme, quant au fond, les réserves 40 et 79 formulées à la Conférence administrative mondiale des radiocommunications (Genève, 1979), la réserve 50 formulée à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et la réserve 64 formulée à la Conférence mondiale des radiocommunications (Istanbul, 2000) en ce qui concerne les nouvelles dispositions qui modifient ou amendent la Constitution, la Convention ou les autres instruments de l'Union internationale des télécommunications contenues dans les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006);
- 3 déclare que la République de Colombie ne se considérera comme liée par les instruments de l'Union internationale des télécommunications, y compris les dispositions qui modifient ou amendent la Constitution, la Convention, les protocoles et les Règlements administratifs, que dans la mesure où elle aura dûment et expressément manifesté son consentement à être liée par lesdits instruments internationaux et sous réserve du respect des procédures constitutionnelles correspondantes. En conséquence, elle n'accepte pas d'être liée par son consentement supposé ou tacite;
- 4 déclare que, conformément à la Constitution de la République de Colombie, son Gouvernement ne peut pas appliquer provisoirement les instruments internationaux qui constituent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006) et les autres instruments de l'Union, en raison de leur contenu et de leur nature;
- 5 déclare que son pays a accepté la suppression de la Résolution 87 (Minneapolis, 1998) de la Conférence de plénipotentiaires pour les motifs qui ont prévalu lors des débats, étant entendu qu'il n'est pas nécessaire d'élaborer de nouvelles dispositions pour préciser dans le Règlement des ra-

Schlussakten zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der genannten Schlussakten.

58

*Original: Spanisch***Für die Republik Kolumbien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Kolumbien,

- 1 dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt,
  - a) jede Maßnahme zu ergreifen, die ihr gemäß ihrer inneren Rechtsordnung und dem Völkerrecht notwendig erscheint, um ihre nationalen Interessen zu wahren, falls andere Mitglieder die Bestimmungen der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) missachten und falls die von den Vertretern anderer Mitglieder formulierten Vorbehalte die Fernmeldedienste der Republik Kolumbien oder die volle Ausübung ihrer Souveränitätsrechte beeinträchtigen;
  - b) gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht bezüglich der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) zu jedem ihr sinnvoll erscheinenden Zeitpunkt zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt der möglichen Ratifikation der internationalen Urkunden, aus denen die genannten Schlussakten bestehen, Vorbehalte zu formulieren. Somit sieht sie die Vorschriften, die das souveräne Recht, Vorbehalte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenzen oder anderer Sitzungen der Union zu hinterlegen, einschränken, als nicht verbindlich für sich an;
- 2 dass sie den Inhalt der bei der weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1979) formulierten Vorbehalte Nrn. 40 und 79, den bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) formulierten Vorbehalt Nr. 50 und den bei der weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Istanbul 2000) formulierten Vorbehalt Nr. 64 hinsichtlich der neuen Bestimmungen, mit denen die Konstitution, die Konvention oder die anderen Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion, die in den Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) enthalten sind, abgewandelt oder geändert werden, bestätigt;
- 3 dass die Republik Kolumbien die Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion, einschließlich der Bestimmungen, mit denen die Konstitution, die Konvention, die Protokolle und die Vollzugsordnungen abgewandelt oder geändert werden, nur insoweit als verbindlich für sich ansieht, als sie ausdrücklich und ordnungsgemäß ihre Zustimmung dazu erklärt hat, dass sie die genannten internationalen Übereinkünfte als für sich verbindlich anerkennt, und zwar vorbehaltlich der Einhaltung der betreffenden verfassungsmäßigen Verfahren. Sie akzeptiert folglich nicht, Bestimmungen durch ein unterstelltes oder stillschweigendes Einverständnis als für sich verbindlich anzuerkennen;
- 4 dass ihre Regierung nach der Verfassung der Republik Kolumbien die internationalen Urkunden, welche die Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) darstellen, sowie die anderen Übereinkünfte der Union wegen ihres Inhalts und ihrer Eigenart nicht vorläufig anwenden kann;
- 5 dass ihr Land die Streichung der Entschließung 87 (Minneapolis 1998) der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten anerkannt hat, da während der Debatten Einigung darüber erzielt worden war, dass es nicht notwendig ist, neue Bestimmungen zur Präzisierung der Verantwortlichkeiten einer

diocommunications les responsabilités incombant à une administration notificatrice lorsque celle-ci agit au nom d'un groupe d'administrations, et qu'en cette qualité, elle est dépositaire et gardienne des droits qui se rattachent à la ressource orbite-spectre dont jouit le groupe d'administrations en question et par conséquent garante du fait que l'exploitation de cette ressource se fait selon les conditions fixées par les administrations détentrices de ces droits.

59

*Original: anglais/arabe*

**Pour la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, le Royaume du Bahreïn, les Emirats arabes unis, la République islamique d'Iran, l'Etat du Koweït, le Liban, la Malaisie, le Royaume du Maroc, la République islamique du Pakistan, la République arabe syrienne, la République du Soudan et la Tunisie:**

Les délégations des pays susmentionnés à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclarent que la signature et la ratification éventuelle par leurs Gouvernements respectifs des Actes finals de la présente Conférence ne sont pas valables vis-à-vis du Membre de l'Union figurant sous l'appellation d'«Israël» et n'impliquent aucunement la reconnaissance de ce Membre par ces Gouvernements.

60

*Original: anglais*

**Pour la Turquie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), la délégation de la République de Turquie:

- 1 réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 puis Antalya, 2006), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par un Etat Membre compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- 2 réserve à son Gouvernement le droit, si nécessaire, de formuler des réserves additionnelles au sujet des présents Actes finals;
- 3 déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- 4 déclare formellement que les réserves faites auparavant au sujet de la Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs de l'Union prévaudront à moins qu'il n'en soit déclaré autrement.

61

*Original: anglais*

**Pour la République d'Estonie, la République de Lettonie et la République de Lituanie:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), les délégations des pays susmentionnés déclarent:

notifizierenden Verwaltung in der Vollzugsordnung für den Funkdienst zu erarbeiten, wenn diese im Namen einer Gruppe von Verwaltungen handelt und in dieser Eigenschaft Verwalterin und Hüterin der mit den Ressourcen Umlaufbahnen und Frequenzspektrum verbundenen Rechte ist, die die betreffende Gruppe der Verwaltungen genießt, und somit dafür garantiert, dass die Nutzung dieser Ressourcen gemäß den von den Rechteinhabern festgelegten Bedingungen geschieht.

59

*Original: Englisch/Arabisch*

**Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, das Königreich Bahrein, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Islamische Republik Iran, den Staat Kuwait, Libanon, Malaysia, das Königreich Marokko, die Islamische Republik Pakistan, die Arabische Republik Syrien, die Republik Sudan und Tunesien:**

Die Delegationen der oben genannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklären, dass die Unterzeichnung und mögliche Ratifikation der Schlussakten dieser Konferenz durch ihre jeweiligen Regierungen nicht gegenüber dem Mitglied der Union gelten, welches die Bezeichnung „Israel“ trägt, und in keiner Weise die Anerkennung dieses Mitglieds durch diese Regierungen implizieren.

60

*Original: Englisch*

**Für die Türkei:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Türkei,

- 1 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konvention und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und dann Antalya 2006) geänderten Form oder der dazugehörigen Anhänge und Protokolle nicht beachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat geäußerten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen;
- 2 dass sie ihrer Regierung das Recht einräumt, falls erforderlich, zusätzliche Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren;
- 3 im Namen ihrer Regierung, dass sie keine Auswirkung annimmt, die aus Vorbehalten hervorgeht, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 4 förmlich, dass die Vorbehalte, die sie bereits früher bezüglich der Konvention, der Konvention und der Vollzugsordnungen der Union gemacht hat, weiter bestehen bleiben solange sie sich nicht anders äußert.

61

*Original: Englisch*

**Für die Republik Estland, die Republik Lettland und die Republik Litauen:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklären die Delegationen der oben genannten Länder,

- 1 qu'ils réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts au cas où un membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ou aux dispositions des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves d'un membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication;
- 2 qu'ils réservent en outre à leurs Gouvernements respectifs le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles au sujet desdits Actes finals, ainsi qu'au sujet de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT qui n'a pas encore été ratifié jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

62

*Original: anglais/arabe*

**Pour le Royaume d'Arabie saoudite, la République arabe d'Égypte, l'État du Koweït, le Liban et le Royaume du Maroc:**

En signant les présents Actes finals, les délégations des pays susmentionnés à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclarent, étant donné l'absence de dispositions de la Constitution et de la Convention qui définissent les rapports entre un Etat Membre et les Membres de Secteur qui ne sont pas sous son autorité, qu'en cas de différend entre l'un d'entre eux et un Membre de Secteur, ils se réservent le droit d'appliquer l'article 56 de la Constitution vis-à-vis de l'Etat Membre concerné pour le règlement du différend.

63

*Original: espagnol*

**Pour le Chili:**

Ayant pris note des déclarations formulées par d'autres pays, la délégation du Chili, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement le droit:

- a) d'accepter ou de refuser tout ou partie des dispositions adoptées par la présente Conférence s'il estime que celles-ci portent atteinte à ses intérêts nationaux ou internationaux ou aux droits souverains consacrés dans sa Constitution et sa législation;
- b) de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de ses amendements successifs.

64

*Original: anglais/chinois*

**Pour la République populaire de Chine:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République populaire de Chine réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et An-

- 1 dass sie ihren jeweiligen Regierungen das Recht vorbehalten, jede ihnen zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), in ihrer durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) geänderten Form, oder gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder falls die Vorbehalte eines Mitglieds der Union das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- 2 dass sie ihren jeweiligen Regierungen ferner das Recht vorbehalten, zusätzliche spezifische Vorbehalte bezüglich der genannten Schlussakten sowie bezüglich aller anderen aus einschlägigen Konferenzen der ITU hervorgehenden Instrumente, die noch nicht ratifiziert worden sind, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunde zu formulieren.

62

*Original: Englisch/Arabisch*

**Für das Königreich Saudi-Arabien, die Arabische Republik Ägypten, den Staat Kuwait, Libanon und das Königreich Marokko:**

Mit der Unterzeichnung dieser Schlussakten erklären die Delegationen der oben genannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) angesichts der Tatsache, dass die Konstitution und die Konvention keine Bestimmungen enthalten, welche die Beziehungen zwischen einem Mitgliedstaat und den Sektormitgliedern definieren, die nicht der Autorität des Mitgliedstaates unterstehen, dass sie sich im Falle eines Streitfalls zwischen diesen und den Sektormitgliedern das Recht vorbehalten, Artikel 56 der Konstitution gegenüber dem entsprechenden Mitgliedstaat anzuwenden, um den Streitfall zu regeln.

63

*Original: Spanisch*

**Für Chile:**

Nach Kenntnisnahme der von anderen Ländern abgegebenen Erklärungen behält sich die Delegation Chiles mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der ITU (Antalya 2006) für ihre Regierung das Recht vor,

- a) alle oder einen Teil der von dieser Konferenz angenommenen Bestimmungen anzuerkennen oder abzulehnen, falls sie davon ausgeht, dass diese ihren nationalen und internationalen Interessen oder ihren in der Verfassung und in der Gesetzgebung verankerten souveränen Rechten schaden;
- b) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Länder die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und deren nachfolgenden Änderungen nicht einhalten.

64

*Original: Englisch/Chinesisch*

**Für die Volksrepublik China:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation der Volksrepublik China ihrer Regierung das Recht vor, jede Maßnahme, die ihr notwendig erscheint, zu ergreifen, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geändert

talya, 2006), ou de leurs annexes, ou si des réserves formulées par d'autres pays menaçaient ses intérêts.

65

*Original: anglais***Pour le Ghana:**

La délégation du Ghana fait au nom de son Gouvernement les déclarations additionnelles suivantes:

- 1 elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
- 2 elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un membre n'assumerait pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, telles qu'amendées par les Actes finals de la présente Conférence, ou si des réserves exprimées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- 3 elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles au sujet des Actes finals susmentionnés ou au sujet de tout autre instrument résultant d'autres conférences compétentes de l'UIT qui n'ont pas été ratifiés, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant;
- 4 elle réserve aussi à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un membre manquerait, de quelque manière que ce soit, de se conformer aux dispositions des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ou aux dispositions des annexes qui y sont jointes, ou si les réserves faites par d'autres membres de l'Union compromettaient directement ou indirectement le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, sa sécurité nationale ou sa souveraineté.

66

*Original: russe*

**Pour la République d'Arménie, la République azerbaïdjanaise, la République du Bélarus, la Fédération de Russie, la République de Moldova, la République d'Ouzbékistan, la République kirghize et l'Ukraine:**

Les délégations des pays susmentionnés réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) et de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts au cas où un Etat Membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de leur contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

67

*Original: russe***Pour la République du Bélarus:**

La République du Bélarus réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la rati-

wurden, oder der dazugehörigen Anhänge missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte ihre Interessen gefährden.

65

*Original: Englisch***Für Ghana:**

Die Delegation Ghanas gibt im Namen ihrer Regierung nachfolgende Zusatzerklärungen ab:

- 1 Sie kommt nicht für die Folgen der von anderen Regierungen eingelegten Vorbehalte auf, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 2 sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, wenn ein Mitglied seinen Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernimmt oder, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion in der durch die Schlussakte dieser Konferenz abgeänderten Form verstößt oder wenn die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste Ghanas beeinträchtigen;
- 3 sie behält sich für ihre Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifizierungsurkunde zusätzliche spezifische Vorbehalte gegen die oben genannte Schlussakte oder eine andere von anderen zuständigen Konferenzen der ITU erstellte, aber noch nicht ratifizierte Urkunde einzulegen;
- 4 sie behält sich außerdem für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn es ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, unterlässt, die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) verabschiedeten Abänderungsurkunden der Konstitution und der Konvention oder die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge anzuwenden, oder wenn die von anderen Mitgliedern der Union eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste Ghanas, die Sicherheit des Landes oder seine Souveränität mittelbar oder unmittelbar gefährden.

66

*Original: Russisch*

**Für die Republik Armenien, die Republik Aserbaidschan, die Republik Belarus, die Russische Föderation, die Republik Moldau, die Republik Usbekistan, die Kirgisische Republik und die Ukraine:**

Die Delegationen der oben genannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderungsurkunden (Antalya 2006) zu der geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ratifiziert werden, jede Maßnahme zu ergreifen oder jeden Vorbehalt zu äußern, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls sich ein Mitgliedstaat der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

67

*Original: Russisch***Für die Republik Belarus:**

Die Republik Belarus behält ihrer Regierung das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Änderungsurkunden (Antalya

fication des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications et de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre de l'Union ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

68

*Original: anglais***Pour la République de Serbie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Serbie déclare au nom de son Gouvernement:

- 1 qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves formulées par d'autres pays susceptibles d'entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
- 2 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994), Minneapolis (1998), Marrakech (2002) et Antalya (2006) ou des annexes qui y sont jointes ou bien encore des protocoles ou des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) ci-joints ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Serbie;
- 3 qu'elle réserve à son Administration le droit de réglementer ses télécommunications sur l'ensemble du territoire de la Serbie;
- 4 qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles au sujet desdits Actes finals ainsi qu'au sujet de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT et non encore ratifié jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

69

*Original: anglais***Pour la République arabe d'Égypte:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

La délégation de la République arabe d'Égypte à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute disposition ou toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où un autre Membre n'observerait pas les dispositions des Actes finals (Antalya, 2006) ou si des réserves formulées par des représentants d'autres Etats portaient atteinte aux services de télécommunication ou aux services des technologies de l'information et de la communication de la République arabe d'Égypte, à sa sécurité nationale ou entravait le plein exercice de ses droits souverains ou conduisait à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union internationale des télécommunications;

2006) der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion jede Erklärung oder jeden Vorbehalt zu formulieren sowie jede Maßnahme zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu schützen, falls ein Mitgliedstaat der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachtet oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

68

*Original: Englisch***Für die Republik Serbien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Serbien im Namen ihrer Regierung,

- 1 dass sie keine Auswirkung akzeptiert, die sich aus Vorhalten ergibt, welche andere Länder geäußert haben und welche zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 2 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme für den Fall zu ergreifen, dass ein Mitgliedstaat seinen Anteil an den Ausgaben der Union nicht leistet oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Urkunden von Kioto (1994), Minneapolis (1998), Marrakesch (2002) und Antalya (2006) geändert wurden, oder der dazugehörigen Anhänge oder aber der Protokolle oder der beiliegenden Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Serbiens gefährden sollten;
- 3 dass sie ihrer Verwaltung das Recht vorbehält, ihre Fernmeldedienste auf dem gesamten Staatsgebiet Serbiens zu regeln;
- 4 dass sie ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vorbehält, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde zusätzliche spezifische Vorbehalte gegen die genannten Schlussakten oder jede andere von anderen einschlägigen Konferenzen der ITU erstellte, aber noch nicht ratifizierte Urkunde einzulegen.

69

*Original: Englisch***Für die Arabische Republik Ägypten:**

Im Namen Allahs, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) behält die Delegation der Arabischen Republik Ägypten bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 jede ihr zum Schutz ihrer Rechte und Interessen notwendig erscheinende Vorkehrung oder Maßnahme zu ergreifen, falls ein anderes Mitglied die Bestimmungen der Schlussakten (Antalya 2006) missachtet oder falls die von Vertretern anderer Staaten geäußerten Vorbehalte die Fernmeldedienste oder Informations- und Kommunikationsdienste der Arabischen Republik Ägypten und ihre nationale Sicherheit beeinträchtigen oder die volle Ausübung ihrer souveränen Rechte behindern oder zu einer Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Internationalen Fernmeldeunion führen;

- 2 de ne pas être lié par une disposition de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) qui pourrait affecter directement ou indirectement sa souveraineté et être contraire à la Constitution et aux lois et règlements de la République arabe d'Égypte;
- 3 de faire, en application de la Convention de Vienne de 1969 sur le droit des traités, toute autre déclaration ou réserve au sujet des Actes finals précités, adoptés par la présente Conférence (Antalya, 2006), jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification pertinents.

70

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

- 1 Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux dispositions relatives aux réserves de l'article 32 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et relèvent que, lors de l'examen des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ils seront peut-être amenés à formuler des réserves ou des déclarations additionnelles. Les Etats-Unis d'Amérique souhaitent en outre réitérer leurs préoccupations, telles qu'elles ont été consignées dans les procès-verbaux de la plénière, quant à certaines procédures suivies pendant les débats des commissions. En conséquence, les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de formuler des déclarations ou des réserves additionnelles au moment du dépôt de leurs instruments de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

Les Etats-Unis d'Amérique réitèrent et incorporent par référence toutes les réserves et déclarations formulées lors de conférences administratives mondiales ou de conférences mondiales des radiocommunications avant la signature des présents Actes finals.

Les Etats-Unis d'Amérique ne consentent pas, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), à être liés par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient non plus être considérés comme ayant consenti à être liés par les révisions partielles ou totales des Règlements administratifs adoptés après la date de signature des présents Actes finals, s'ils n'ont pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications leur consentement à être liés.

- 2 Les Etats-Unis d'Amérique, rappelant les principes d'obligation de rendre des comptes, de responsabilité et de transparence qui sont des principes fondamentaux de la réforme de l'Organisation des Nations Unies, notent qu'il est essentiel que l'Union internationale des télécommunications, en s'acquittant du mandat confié par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), se conforme à ces principes afin de parvenir à une réforme qui s'inscrit dans la durée.
- 3 Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent à la Déclaration 92 qu'ils ont faite à la Conférence de plénipotentiaires (Minneapolis, 1998) et déclarent qu'ils interpréteront la Résolution 99 (Rév. Antalya, 2006) de la Conférence de plénipotentiaires conformément aux accords internationaux pertinents, y compris les accords conclus entre Israël et les Palestiniens.

- 2 eine Bestimmung der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), die direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen und der Verfassung, den Gesetzen und Regelungen der Arabischen Republik Ägypten zuwiderlaufen könnte, als nicht verbindlich für sich anzusehen;
- 3 gemäß der Konvention von Wien aus dem Jahre 1969 über das Vertragsrecht jede andere Erklärung oder jeden anderen Vorbehalt bezüglich der genannten und von dieser Konferenz (Antalya 2006) angenommenen Schlussakten zu äußern, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunden.

70

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

- 1 Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Bestimmungen bezüglich der Vorbehalte des Artikels 32 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und halten fest, dass sie bei der Prüfung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) eventuell zusätzliche Vorbehalte oder Erklärungen formulieren müssen. Die Vereinigten Staaten von Amerika möchten darüber hinaus erneut ihrer Sorge bezüglich bestimmter Verfahren in den Debatten der Kommissionen Ausdruck verleihen, wie sie bereits in den Protokollen des Plenums niedergelegt wurden. Folglich behalten sich die Vereinigten Staaten von Amerika das Recht vor, zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

Vor der Unterzeichnung dieser Schlussakten erneuern und nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika durch Bezugnahme alle bei den weltweiten Verwaltungskonferenzen und weltweiten Funkkonferenzen formulierten Vorbehalte und Erklärungen wieder auf.

Mit der Unterzeichnung oder Ratifikation aller weiteren von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention (Antalya 2006) stimmen die Vereinigten Staaten von Amerika nicht zu, die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen Vollzugsordnungen für sich als verbindlich anzusehen. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlussakten angenommenen teilweisen oder vollständigen Änderungen der Vollzugsordnungen für sich als verbindlich ansehen, wenn sie der Internationalen Fernmeldeunion nicht ausdrücklich ihre Zustimmung gegeben haben, diese als verbindlich anzusehen.

- 2 Die Vereinigten Staaten von Amerika erinnern daran, dass die Pflicht, Rechenschaft abzulegen und verantwortungsvoll und transparent zu handeln, grundlegende Prinzipien der Organisationsreform der Vereinten Nationen sind, und weisen daher auf die Notwendigkeit, dass die Internationale Fernmeldeunion in Erfüllung ihres von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) übertragenen Mandats diese Prinzipien beachtet, um eine nachhaltig angelegte Reform herbeiführen zu können.
- 3 Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Erklärung 92, die sie bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Minneapolis 1998) abgegeben haben, und erklären, dass sie die EntschlieÙung 99 (Rev. Antalya 2006) der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gemäß den einschlägigen internationalen Abkommen, einschließlich der zwischen Israel und den Palästinensern geschlossenen Abkommen, auslegen.

71

*Original: anglais***Pour le Canada:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Canada réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou des réserves au moment du dépôt de ses instruments de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et à leurs amendements adoptés à la présente Conférence. En outre, le Canada réitère et incorpore par référence toutes les réserves et déclarations formulées aux conférences mondiales des radio-communications avant la signature des présents Actes finals.

72

*Original: anglais***Pour l'Australie:**

La délégation de l'Australie à la Conférence de plénipotentiaires déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de faire des déclarations et des réserves jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications tenue à Antalya du 6 au 24 novembre 2006, conformément à l'article 32B de la Convention de l'Union internationale des télécommunications signée à Genève le 22 décembre 1992.

73

*Original: anglais/français/espagnol*

**Pour la République fédérale d'Allemagne, la Principauté d'Andorre, l'Autriche, la République azerbaïdjanaise, la Belgique, la République de Bulgarie, la République de Chypre, l'Etat de la Cité du Vatican, la République de Croatie, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la Grèce, la République de Hongrie, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, la République de Lituanie, le Luxembourg, Malte, la République de Moldova, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République de Serbie, la Suède, la Confédération suisse et la Turquie:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), les délégations des pays mentionnés déclarent formellement qu'elles maintiennent les déclarations et réserves que leurs pays respectifs ont formulées lors de la signature des Actes finals des précédentes conférences de l'Union habilitées à conclure des traités comme si elles les avaient formulées intégralement à la présente Conférence de plénipotentiaires.

74

*Original: anglais***Pour la République de Croatie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Croatie déclare au nom de son Gouvernement:

- 1 qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres pays qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
- 2 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa

71

*Original: Englisch***Für Kanada:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Kanada ihrer Regierung das Recht vor, Erklärungen oder Vorbehalte zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Urkunden zur Ratifikation der Änderungen zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer bei dieser Konferenz angenommenen Änderungen zu formulieren. Vor der Unterzeichnung dieser Schlussakten erneuert und nimmt Kanada durch Bezugnahme darüber hinaus alle bei den weltweiten Funkkonferenzen formulierten Vorbehalte und Erklärungen wieder auf.

72

*Original: Englisch***Für Australien:**

Die Delegation von Australien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten erklärt, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, gemäß Artikel 32B der am 22. Dezember 1992 in Genf unterzeichneten Konvention der Internationalen Fernmeldeunion Erklärungen und Vorbehalte abzugeben, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Urkunde zur Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion, die vom 6. bis 24. November 2006 in Antalya stattfand.

73

*Original: Englisch/Französisch/Spanisch*

**Für die Bundesrepublik Deutschland, das Fürstentum Andorra, Österreich, die Republik Aserbaidschan, Belgien, die Republik Bulgarien, die Republik Zypern, den Staat Vatikanstadt, die Republik Kroatien, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, die Republik Ungarn, Irland, Island, Italien, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, die Republik Litauen, Luxemburg, Malta, die Republik Moldau, Norwegen, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Republik Serbien, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:**

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) erklären die Delegationen der genannten Staaten förmlich, dass sie die Erklärungen und Vorbehalte, die ihre jeweiligen Länder bei der Unterzeichnung der Schlussakten der vorangegangenen Konferenzen, die zum Abschluss von Verträgen befugt waren, beibehalten, als ob sie sie bei dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in gleicher Weise formuliert hätten.

74

*Original: Englisch***Für die Republik Kroatien:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Kroatien im Namen ihrer Regierung,

- 1 dass sie keine Auswirkung akzeptiert, die sich aus Vorbehalten ergibt, welche andere Regierungen geäußert haben und welche zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 2 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme für den Fall zu ergreifen, dass ein Mitgliedstaat seinen Anteil

part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou des annexes et protocoles, ou des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Croatie;

- 3 qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles à l'égard desdits Actes finals, ainsi que de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT, qui n'a pas encore été ratifié, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

La délégation de la République de Croatie déclare en outre que la République de Croatie, en tant que pays candidat à l'adhésion de l'Union européenne, appliquera les Actes adoptés en vertu de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, mais qu'à compter de la date de son accession à la Communauté européenne, l'application desdits Actes sera soumise aux obligations prévues au titre du Traité instituant la Communauté européenne.

75

*Original: anglais***Pour la République du Monténégro:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République du Monténégro déclare, au nom de son Gouvernement:

- 1 qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres pays qui pourraient entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
- 2 qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra estimer nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'assumerait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou des annexes et protocoles, ou encore des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication du Monténégro;
- 3 qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles à l'égard desdits Actes finals, ainsi qu'au sujet de tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT, qui n'a pas encore été ratifié, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification correspondant.

76

*Original: anglais***Pour la République du Soudan:**

La délégation de la République du Soudan à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006) déclare, au nom du Gouvernement de la République du Soudan, qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour

an den Ausgaben der Union nicht leistet oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), oder der Anhänge und Protokolle oder der dazugehörigen Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Kroatiens gefährden sollten;

- 3 dass sie ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vorbehält, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde zusätzliche spezifische Vorbehalte gegen die genannten Schlussakten und jede andere von anderen einschlägigen Konferenzen der ITU erstellte und noch nicht ratifizierte Urkunde einzulegen.

Die Delegation der Republik Kroatien erklärt darüber hinaus, dass die Republik Kroatien als Kandidatenland für einen Beitritt zur Europäischen Union die gemäß der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion angenommenen Schlussakten anwenden wird, aber erst ab dem Zeitpunkt ihres Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft. Die Anwendung der genannten Schlussakten wird gemäß der Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft erfolgen.

75

*Original: Englisch***Für die Republik Montenegro:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Montenegro im Namen ihrer Regierung,

- 1 dass sie keine Auswirkung akzeptiert, die sich aus Vorbehalten ergibt, welche andere Regierungen geäußert haben und welche zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen könnten;
- 2 dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme für den Fall zu ergreifen, dass ein Mitgliedstaat seinen Anteil an den Ausgaben der Union nicht leistet oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Urkunden der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geändert wurden, oder der Anhänge und Protokolle oder aber der dazugehörigen Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste Montenegros gefährden sollten;
- 3 dass sie ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vorbehält, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Ratifikationsurkunde zusätzliche spezifische Vorbehalte gegen die genannten Schlussakten und jede andere von anderen einschlägigen Konferenzen der ITU erstellte und noch nicht ratifizierte Urkunde einzulegen.

76

*Original: Englisch***Für die Republik Sudan:**

Die Delegation der Republik Sudan bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) erklärt im Namen der Regierung der Republik Sudan, dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, jede ihr notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen um ihre Inte-

protéger ses intérêts si un membre ne se conformait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou si des réserves formulées par un Etat Membre compromettaient ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La République du Soudan se réserve en outre le droit de faire les déclarations additionnelles qu'elle jugera nécessaires à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification auxdits Actes finals.

77

*Original: anglais***Pour le Japon:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), sous réserve d'une ratification officielle, la délégation du Japon réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres pays portaient atteinte à ses intérêts, de quelque manière que ce soit.

78

*Original: anglais***Pour la République islamique d'Iran:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

En signant les Actes finals de la dix-septième Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République islamique d'Iran réserve à son Gouvernement le droit:

- 1 de prendre toute mesure qu'il pourrait estimer nécessaire ou toute mesure requise pour protéger ses droits et ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals de la 17<sup>ème</sup> Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006);
- 2 de protéger ses intérêts au cas où des Etats Membres n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République islamique d'Iran;
- 3 de n'être lié par aucune disposition des Actes finals de la 17<sup>e</sup> Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), qui risquerait de porter atteinte, directement ou indirectement, à sa souveraineté et serait contraire à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République islamique d'Iran.

79

*Original: anglais***Pour la République islamique d'Iran:**

Résolution 102 (Rév. Antalya, 2006)

- 1 La République islamique d'Iran a décidé de se rallier au consensus concernant la Résolution 102 révisée, car cette Résolution offre à tous les gouvernements, dans une mesure tout à fait acceptable, la possibilité d'exercer leur droit souverain sur les questions de politique publique internationales relatives à l'Internet. Cette Résolution est par ailleurs susceptible d'aider tous les gouvernements à rechercher les

ressen zu schützen, falls ein Mitglied, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006), missachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat formulierten Vorbehalte ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

Die Republik Sudan behält sich darüber hinaus das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu den genannten Schlussakten zusätzliche, ihr notwendig erscheinende Erklärungen bezüglich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten einzulegen.

77

*Original: Englisch***Für Japan:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) und vorbehaltlich ihrer offiziellen Ratifikation behält die Delegation von Japan ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitgliedstaat in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

78

*Original: Englisch***Für die Islamische Republik Iran:**

Im Namen Allahs, des Barmherzigsten und Gnädigsten,

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der siebzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation der Islamischen Republik Iran ihrer Regierung das Recht vor,

- 1 alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlussakten der 17. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) halten;
- 2 ihre Interessen zu wahren, falls Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste der Islamischen Republik Iran beeinträchtigen;
- 3 keine Bestimmung der Schlussakten der 17. Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006), die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften der Islamischen Republik Iran zuwiderlaufen könnte, als für sich verbindlich anzuerkennen.

79

*Original: Englisch***Für die Islamische Republik Iran:**

Resolution 102 (Rev. Antalya 2006)

- 1 Die Islamische Republik Iran hat beschlossen, sich dem Konsens bezüglich der neu gefassten Resolution 102 anzuschließen, da diese EntschlieÙung allen Regierungen in gänzlich akzeptablem Umfang die Möglichkeit bietet, im Hinblick auf internationale Fragen der öffentlichen Internetpolitik ihre Souveränitätsrechte auszuüben. Diese Resolution unterstützt außerdem alle Regierungen bei der Suche

méthodes et les moyens d'assumer, sur un pied d'égalité, leur rôle dans le domaine des politiques publiques relatives à la gouvernance des ressources essentielles de l'Internet, et répond ainsi en partie au souhait formulé par la communauté internationale dans les documents finals du SMSI, assurant bien de l'avenir de notre travail dans ces domaines.

- 2 L'Agenda de Tunis, entre autres documents, dispose qu'un processus de renforcement de la coopération devra être amorcé par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies avant la fin du premier trimestre 2006, ainsi que par les organisations compétentes, «afin de permettre aux gouvernements de s'acquitter, sur un pied d'égalité, de leurs rôles et responsabilités en ce qui concerne les questions de politique publique internationales relatives à l'Internet».
- 3 Nous prenons note avec satisfaction du paragraphe 4 de la Résolution 102 (Rév. Antalya, 2006) qui, sous «décide de charger le Secrétaire général» charge le Secrétaire général de l'UIT de prendre les mesures nécessaires pour permettre à l'UIT de jouer un rôle actif et constructif dans le processus engagé par le Secrétaire de l'Organisation des Nations Unies en vue de renforcer la coopération. Pour ce qui est de l'UIT, les activités de préparation dépendent dans une large mesure de la décision très attendue du Secrétaire général de l'ONU quant au lancement de la procédure requise ou d'un rapport éventuel de sa part sur les mesures prises en la matière.
- 4 Ce qui nous a particulièrement convaincus concernant la Résolution qui fait l'objet de notre propos est le fait que le texte en reconnaît que l'UIT doit amorcer un processus visant à une coopération renforcée. Et surtout, la Résolution mentionne les mesures concrètes qui devraient être prises à l'UIT à cette fin.
- 5 Selon nous, les activités dont il est question font partie des grandes priorités du travail de l'UIT jusqu'à la prochaine Conférence de plénipotentiaires. Nous tenons à souligner que nous nous attendons à ce que les ressources nécessaires soient affectées à ces activités de grande importance.

80

*Original: espagnol***Pour Cuba:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République de Cuba déclare:

- que, devant la persistance des ingérences du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui dirige des émissions de radiodiffusion sonore et télévisuelle vers le territoire cubain à des fins politiques et de déstabilisation, en violation flagrante des dispositions et principes régissant les télécommunications mondiales, et surtout celles qui visent à favoriser les relations pacifiques, la coopération internationale entre les peuples et le développement économique et social, et au détriment du bon fonctionnement et du développement normal des services de radiocommunication de Cuba qui sont victimes des brouillages préjudiciables occasionnés par ces émissions, l'Administration cubaine se réserve le droit d'adopter toutes les mesures qu'elle jugera nécessaires et appropriées;
- que les conséquences des mesures que l'Administration cubaine pourrait se voir obligée de prendre pour défendre sa souveraineté nationale en raison des actes illégaux du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique seront de la responsabilité unique et entière de ce Gouvernement;

nach geeigneten Methoden und Mitteln, mit denen sie gleichberechtigt ihrer Rolle im Bereich der Steuerung der Kernressourcen des Internet gerecht werden können, und entspricht somit zum Teil dem Wunsch der internationalen Gemeinschaft, der im Abschlussdokument des WSIS zum Ausdruck kam, das unserer Arbeit in diesen Bereichen eine vielversprechende Zukunft vorhersagt.

- 2 Neben anderen Dokumenten sieht die Tunis-Agenda einen Prozess zur Verstärkung der Zusammenarbeit vor, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen und den zuständigen Organisationen bis zum Ende des ersten Quartals 2006 eingeleitet werden soll, „um die Regierungen in die Lage zu versetzen, auf gleichberechtigter Grundlage ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Hinblick auf das Internet betreffende internationale Fragen des öffentlichen Interesses wahrzunehmen“.
- 3 Wir begrüßen den Absatz 4 der Resolution 102 (Rev. Antalya 2006), in der unter „resolves to instruct the Secretary General“ der Generalsekretär der ITU beauftragt wird, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die es der ITU ermöglichen, eine aktive und konstruktive Rolle im vom Sekretär der Organisation der Vereinten Nationen eingeleiteten Prozess zur Stärkung der Zusammenarbeit zu spielen. Die vorbereitenden Maßnahmen seitens der ITU sind in besonderem Maße abhängig von der dringlich erwarteten Entscheidung des Generalsekretärs der UNO zur Einleitung des notwendigen Verfahrens oder einem eventuell von ihm zu verfassenden Bericht über die diesbezüglich ergriffenen Maßnahmen.
- 4 Besonders überzeugend an der EntschlieÙung, die Gegenstand unserer Stellungnahme ist, ist für uns die Tatsache, dass sie die Notwendigkeit zum Ausdruck bringt, dass die ITU einen Prozess für eine verstärkte Zusammenarbeit in Gang setzen muss und dass die EntschlieÙung insbesondere konkrete Maßnahmen benennt, die in der ITU zu diesem Zweck zu ergreifen sind.
- 5 Wir sind der Auffassung, dass die genannten Maßnahmen zu den großen Prioritäten in der Arbeit der ITU bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gehören. Wir möchten unsere Erwartung betonen, dass die notwendigen Mittel zur Durchführung dieser wichtigen Maßnahmen bereitgestellt werden.

80

*Original: Spanisch***Für Kuba:**

Bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) erklärt die Delegation der Republik Kuba Folgendes:

- Angesichts der fortdauernden Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Ton- und Fernseh- und Rundfunksendungen auf kubanisches Hoheitsgebiet ausrichtet und damit politische und destabilisierende Ziele verfolgt, was in offener Verletzung der weltweit das Fernmeldewesen regelnden Bestimmungen geschieht, insbesondere der Bestimmungen zur Förderung friedlicher Beziehungen, der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Völkern und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, und was außerdem dem einwandfreien Funktionieren und der normalen Entwicklung der Funkdienste Kubas schadet, die schädlichen, von diesen Sendungen verursachten Störungen zum Opfer fallen, behält sich die Verwaltung von Kuba das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig und angemessen hält;
- für die Folgen der Maßnahmen, die sich die kubanische Verwaltung angesichts der arglistigen Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Wahrung ihrer nationalen Souveränität zu ergreifen gezwungen sehen könnte, ist einzig und allein die genannte Regierung verantwortlich;

- que l'Administration cubaine ne reconnaît en aucune manière la notification, l'inscription et l'utilisation de fréquences par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique sur la partie du territoire cubain de la province de Guantánamo, que celui-ci occupe illégalement par la force et contre la volonté expresse du peuple et du Gouvernement cubains, et qui est devenue un centre de détention arbitraire de prisonniers où continue de se produire un des cas les plus abominables de violation massive et systématique des droits humains de l'époque moderne;
  - qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998 et Marrakech, 2002) ou les dispositions des Règlements administratifs, ou si les réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient, de quelque manière que ce soit, le bon fonctionnement des services de télécommunication de Cuba ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union;
  - qu'elle n'accepte pas le Protocole facultatif concernant le règlement des différends se rapportant à la présente Constitution, à la Convention et aux Règlements administratifs;
  - qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve additionnelle qu'il pourrait juger nécessaire au moment de déposer son instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).
- die kubanische Verwaltung erkennt in keiner Weise die Anmeldung, Eintragung und Benutzung von Frequenzen durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in dem Teil des kubanischen Hoheitsgebietes der Provinz Guantánamo an, den diese illegal gewaltsam und gegen den ausdrücklichen Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung besetzt hat und der zu einem willkürlichen Gefangenenlager geworden ist, in dem einer der schändlichsten Fälle massiver und systematischer Verletzung der Menschenrechte der Neuzeit geschieht;
  - sie behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedsländer in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Antalya 2006) zu der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder die Bestimmungen der Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste von Kuba, in welcher Weise auch immer, beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Kuba zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen;
  - sie lehnt das Fakultative Protokoll über die Beilegung von Streitfällen bezüglich dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen ab;
  - sie behält ihrer Regierung das Recht vor, alle zusätzlichen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, die sie zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Änderungen zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) für erforderlich erachten könnte.

81

*Original: anglais***Pour la République de Chypre:**

La délégation de la République de Chypre réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où des membres de l'Union n'assureraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) et/ou de ses annexes et des protocoles qui y sont joints, tels qu'amendés par les instruments de Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, ou si d'autres mesures que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale porteraient directement ou indirectement atteinte à sa souveraineté.

La délégation de la République de Chypre réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire toute autre déclaration ou réserve jusqu'à ce que les instruments d'amendement (Antalya, 2006) à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Kyoto (1994), les instruments de Minneapolis (1998) et les instruments de Marrakech (2002), soient ratifiés par la République de Chypre.

82

*Original: anglais***Pour la Papouasie-Nouvelle-Guinée:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (An-

81

*Original: Englisch***Für die Republik Zypern:**

Die Delegation der Republik Zypern behält ihrer Regierung das Recht vor, jede ihr zum Schutz ihrer Interessen notwendig erscheinende Maßnahme zu ergreifen, falls Mitglieder der Union ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder sich nicht, in welcher Weise auch immer, an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und/oder die Bestimmungen ihrer Anhänge und Zusatzprotokolle, wie sie durch die Urkunden von Kioto (1994), Minneapolis (1998), Marrakesch (2002) und Antalya (2006) geändert wurden, halten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste gefährden könnten oder falls andere Maßnahmen, die eine natürliche oder juristische Person ergreift oder zu ergreifen plant, direkt oder indirekt ihre Souveränität beeinträchtigen.

Die Delegation der Republik Zypern behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, jede andere Erklärung oder jeden anderen Vorbehalt zu formulieren, bis die Ratifikationsurkunden zu Änderungen (Antalya 2006) zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), so wie sie durch die Urkunden von Kioto (1994), die Urkunden von Minneapolis (1998) und die Urkunden von Marrakesch (2002) geändert wurden, von Zypern hinterlegt worden sind.

82

*Original: Englisch***Für Papua-Neuguinea:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmelde-

talya, 2006), la délégation de la Papouasie-Nouvelle-Guinée réserve:

- 1 à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) telles qu'amendées par les Actes finals des Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994; Minneapolis, 1998; Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) et aux dispositions des annexes et protocoles qui y sont joints, ou si les réserves formulées par un Etat Membre de l'Union compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Papouasie-Nouvelle-Guinée, portaient atteinte à sa souveraineté ou à ses intérêts ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- 2 à son Gouvernement le droit de formuler les déclarations ou les réserves additionnelles, qu'il jugera nécessaires, avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006).

83

*Original: anglais***Pour la Nouvelle-Zélande:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), la délégation de la Nouvelle-Zélande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals ou si les réserves formulées par un autre pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts de la Nouvelle-Zélande. En outre, la Nouvelle-Zélande se réserve le droit de faire des réserves et des déclarations spécifiques pertinentes avant la ratification des Actes finals.

84

*Original: français***Pour la République du Tchad:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République du Tchad réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Etats Membres et Membres des Secteurs de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter directement ou indirectement ses intérêts et ses services de télécommunications/TIC ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

85

*Original: espagnol***Pour la République de Guinée équatoriale:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006, 6–24 novembre) et après avoir pris connaissance de chacune des déclarations formulées par les administrations, la République de Guinée équatoriale déclare qu'elle se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où un autre Etat Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Convention et de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications, ou de leurs annexes.

Elle déclare également qu'elle n'acceptera aucune déclaration ou réserve formulée par une administration quelconque, qui en-

union (Antalya 2006) behält sich die Delegation von Papua-Neuguinea vor:

- 1 für ihre Regierung das Recht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um ihre Interessen zu wahren, falls ein Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der durch die Schlussakten der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geänderten Form und gegen die Bestimmungen der dazugehörigen Anhänge und Protokolle verstößt oder wenn die von anderen Ländern der Union eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste von Papua-Neuguinea gefährden, ihre Souveränität oder Interessen beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Anteils an den Ausgaben der Union nach sich ziehen;
- 2 für ihre Regierung das Recht, vor der Ratifizierung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) weitere Erklärungen abzugeben oder Vorbehalte einzulegen, die sie für notwendig erachtet.

83

*Original: Englisch***Für Neuseeland:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) behält die Delegation von Neuseeland ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich halten könnte, falls andere Länder sich in irgendeiner Weise nicht an die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Neuseeland verletzen oder beeinträchtigen. Ferner behält Neuseeland sich das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten geeignete spezifische Vorbehalte und Erklärungen vorzubringen.

84

*Original: Französisch***Für die Republik Tschad:**

Mit der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält sich die Delegation der Republik Tschad das souveräne Recht vor, alle notwendigen Maßnahmen und Handlungen zu ergreifen, um ihre nationalen Rechte und Interessen zu schützen, falls bestimmte Mitgliedstaaten oder Sektormitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, ihre Interessen oder Fernmeldedienste/IKT-Dienste direkt oder indirekt missachten oder die Sicherheit der nationalen Souveränität gefährden.

85

*Original: Spanisch***Für die Republik Äquatorialguinea:**

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006, 6.–24. November) und nach Kenntnisnahme aller von den Verwaltungen formulierten Erklärungen erklärt die Republik Äquatorialguinea, dass sie sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für notwendig erachtet, falls ein anderer Mitgliedstaat, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konvention und der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion oder ihrer Anhänge missachtet.

Sie erklärt auch, dass sie weder Erklärungen noch Vorbehalte irgendeiner anderen Verwaltung akzeptiert, die zu einer Erhö-

traînerait une augmentation de ses obligations financières vis-à-vis de l'Union internationale des télécommunications.

86

*Original: français***Pour la Principauté de Monaco:**

Ayant pris connaissance des réserves et déclarations contenues dans le Document 179, en date du 24 novembre 2006, la délégation de la Principauté de Monaco réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où certains Etats Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient, de quelque manière que ce soit, de se conformer aux dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), ou encore si des réserves formulées dans le Document 179, susmentionné, avaient pour effet de compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, tels qu'autorisés par le droit interne de la Principauté de Monaco ou par le droit international conventionnel qui y est applicable, ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

87

*Original: arabe/anglais***Pour l'Etat du Koweït:**

Ayant examiné les déclarations et réserves contenues dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de l'Etat du Koweït, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il estimera nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays n'observeraient pas les dispositions adoptées par la présente Conférence pour amender la Constitution et la Convention (Genève, 1992), et leurs amendements (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, et Marrakech, 2002) ainsi que leurs annexes, ou s'ils n'assumaient pas leur part des dépenses de l'Union ou si leurs réserves, actuellement ou dans l'avenir, ou leur non-respect de la Constitution et de la Convention, compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de l'Etat du Koweït ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

88

*Original: anglais***Pour la République de Corée:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de la République de Corée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals ou si les réserves formulées par un pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts de la République de Corée. En outre, la République de Corée se réserve le droit de formuler des déclarations et des réserves spécifiques appropriées avant la ratification des Actes finals.

89

*Original: anglais***Pour le Royaume du Swaziland:**

Après avoir examiné les déclarations reproduites dans le Document 179, la délégation du Royaume du Swaziland, au nom de son Gouvernement, déclare:

hing ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Internationalen Fernmeldeunion führen.

86

*Original: Französisch***Für das Fürstentum Monaco:**

Nach Kenntnisnahme der im Dokument 179 vom 24. November 2006 aufgeführten Vorbehalte und Erklärungen behält die Delegation des Fürstentums Monaco ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für notwendig erachtet, falls bestimmte Mitgliedstaaten ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht leisten oder sich, in welcher Weise auch immer, nicht an die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Bestimmungen der Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002) geänderten Form halten oder wenn im oben genannten Dokument 179 aufgeführte Vorbehalte zu einer Beeinträchtigung des einwandfreien Funktionierens ihrer Fernmeldedienste, so, wie sie von der innerstaatlichen Gesetzgebung des Fürstentums Monaco oder vom hier anzuwendenden Völkerrecht vorgesehen sind, oder zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen.

87

*Original: Arabisch/Englisch***Für den Staat Kuwait:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte aus dem Dokument 179 der Konferenz behält sich die Delegation des Staates Kuwait bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) für ihre Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren, wenn andere Länder gegen die von dieser Konferenz verabschiedeten Bestimmungen zur Abänderung der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) und ihrer Abänderungen (Kioto 1994, Minneapolis 1998 und Marrakesch 2002) sowie ihre Anhänge verstoßen oder wenn sie ihren Anteil an den Ausgaben der Union nicht übernehmen oder aber ihre jetzigen oder künftigen Vorbehalte bzw. ihre Nichteinhaltung der Konstitution und der Konvention das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmeldedienste des Staates Kuwait beeinträchtigen oder zu einer Erhöhung seiner Beitragszahlungen für die Ausgaben der Union führen.

88

*Original: Englisch***Für die Republik Korea:**

Nach Prüfung der im Dokument 179 der Konferenz aufgeführten Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Republik Korea ihrer Regierung das Recht vor, alle ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die von einem Land formulierten Vorbehalte die Interessen der Republik Korea verletzen oder beeinträchtigen. Darüber hinaus behält sich die Republik Korea das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten geeignete spezifische Erklärungen und Vorbehalte zu formulieren.

89

*Original: Englisch***Für das Königreich Swasiland:**

Nach Prüfung der im Dokument 179 der Konferenz aufgeführten Erklärungen erklärt die Delegation des Königreiches Swasiland im Namen ihrer Regierung,

- 1 qu'elle se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un pays n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et des amendements qui y ont été apportés par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002, et Antalya, 2006) et/ou tout autre instrument y relatif;
- 2 qu'elle n'acceptera pas les conséquences pouvant résulter de réserves formulées par un quelconque pays, et qu'elle se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera nécessaires.

90

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

La déclaration 59 faite par certains Etats Membres concernant les Actes finals est en contradiction avec les principes et buts de l'Union internationale des télécommunications et est donc dénuée de toute valeur juridique.

Le Gouvernement de l'Etat d'Israël souhaite qu'il soit pris acte de ce qu'il rejette ladite déclaration qui politise et sape les travaux de l'UIT.

Au cas où un Etat Membre ayant formulé la déclaration précitée agirait à l'égard d'Israël d'une façon qui violerait les droits d'Israël en tant qu'Etat Membre de l'UIT, ou ne se conformerait pas aux obligations qu'il a en tant qu'Etat Membre à l'égard d'Israël, l'Etat d'Israël se réserve le droit d'adopter à l'égard de cet Etat Membre une attitude de réciprocité.

91

*Original: français***Pour la République du Rwanda:**

Ayant examiné les déclarations contenues dans le Document 179, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la République du Rwanda réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts conformément à la législation nationale et aux traités internationaux auxquels le Rwanda a souscrit si certains Etats Membres de l'UIT n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications ou si des réserves formulées par d'autres pays portaient atteinte à ses intérêts.

92

*Original: anglais***Pour l'Etat indépendant du Samoa:**

Après avoir examiné les déclarations reproduites dans le Document 179 de la Conférence, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Samoa réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals ou si les réserves formulées par un pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts du Samoa.

La délégation du Samoa réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves supplémentaires qu'il pourra estimer nécessaires à l'égard des Actes finals adoptés par la présente Conférence et ce jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

- 1 dass sie sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für die Wahrung ihrer Interessen für notwendig hält, falls ein Land die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie die Bestimmungen ihrer von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) herbeigeführten Änderungen und/oder jedes anderen diesbezüglichen Dokuments missachtet;
- 2 dass sie keine Auswirkungen von Vorbehalten irgendeines Landes akzeptiert und dass sie sich das Recht vorbehält, alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

90

*Original: Englisch***Für den Staat Israel:**

Die Erklärung 59, die von einigen Mitgliedstaaten zu den Schlussakten abgegeben wurde, stellt einen Verstoß gegen die Grundsätze und Ziele der Internationalen Fernmeldeunion dar und entbehrt daher jeglicher Rechtsverbindlichkeit.

Die Regierung möchte zur Kenntnis geben, dass sie die genannte Erklärung zurückweist, weil sie eine Politisierung und Unterminierung der Arbeiten der ITU bedeutet.

Sollte ein Mitgliedstaat, der die oben genannte Erklärung abgegeben hat, im Verhältnis zu Israel ein Verhalten an den Tag legen, das gegen die Rechte Israels als Mitgliedstaat der ITU verstößt, oder sollte er gegen die Pflichten verstoßen, die er als Mitgliedstaat gegenüber Israel hat, behält sich der Staat Israel vor, gegenüber diesem Mitgliedstaat auf der Basis der Gegenseitigkeit zu reagieren.

91

*Original: Französisch***Für die Republik Ruanda:**

Nach Prüfung der im Dokument 179 aufgeführten Erklärungen behält die Delegation der Republik Ruanda bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr für den Schutz ihrer Interessen gemäß der nationalen Gesetzgebung und den internationalen Verträgen, die Ruanda unterzeichnet hat, notwendig erscheinen, falls bestimmte Mitgliedstaaten der ITU, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion missachten oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte ihren Interessen schaden.

92

*Original: Englisch***Für den Unabhängigen Staat Samoa:**

Nach Prüfung der im Dokument 179 der Konferenz aufgeführten Erklärungen behält die Delegation von Samoa bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das Recht vor, alle ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die von einem Land formulierten Vorbehalte die Interessen Samoas verletzen oder beeinträchtigen.

Die Delegation von Samoa behält ihrer Regierung darüber hinaus das Recht vor, alle zusätzlichen Vorbehalte zu formulieren, die ihr hinsichtlich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten notwendig erscheinen, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde.

93

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de la République de Turquie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit, si nécessaire, de formuler des réserves additionnelles aux présents Actes finals et qu'elle n'appliquera les dispositions desdits Actes finals qu'aux Etats parties avec lesquels elle entretient des relations diplomatiques.

94

*Original: anglais***Pour le Canada:**

Après avoir pris note des déclarations et des réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Canada se réserve, au nom de son Gouvernement, le droit de prendre toutes mesures qu'elle pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres ne respecteraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et les amendements qui y ont été successivement apportés, ou les Règlements administratifs, en particulier ceux concernant l'utilisation des fréquences radioélectriques et des orbites associées, y compris de l'orbite des satellites géostationnaires.

95

*Original: anglais***Pour la République de Slovénie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de la République de Slovénie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Etat Membre ne prendrait pas sa part des dépenses de l'Union ou ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par les instruments de Minneapolis (1998), de Marrakech (2002) ou d'Antalya (2006), ou de leurs annexes ou protocoles, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

96

*Original: anglais***Pour la République du Kenya:**

La délégation de la République du Kenya déclare que, après avoir pris note des déclarations et des réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Etats Membres ne se conformeraient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et aux amendements qui y ont été successivement apportés ainsi qu'aux dispositions des règlements administratifs, y compris les annexes et protocoles de ces instruments, ou au cas où des réserves formulées par d'autres membres compromettraient ses pleins droits souverains ou le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République du Kenya.

93

*Original: Englisch***Für die Türkei:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz erklärt die Delegation der Republik Türkei bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006), dass sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, erforderlichenfalls ergänzende Vorbehalte zu diesen Schlussakten zu formulieren, und dass sie die Bestimmungen dieser Schlussakten nur auf Staaten anwendet, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.

94

*Original: Englisch***Für Kanada:**

Nach Kenntnisnahme der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält sich die Delegation Kanadas im Namen ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, falls andere Mitgliedstaaten die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihre nachfolgenden Änderungen oder aber die Vollzugsordnungen, insbesondere die Vorschriften zur Nutzung der Funkfrequenzen und der dazugehörigen Umlaufbahnen, einschließlich der Umlaufbahn der geostationären Satelliten, nicht einhalten.

95

*Original: Englisch***Für die Republik Slowenien:**

Nach Prüfung der im Dokument 179 der Konferenz aufgeführten Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Republik Slowenien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für notwendig erachtet, falls ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht leistet oder, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Urkunden von Minneapolis (1998), Marrakesch (2002) und Antalya (2006) geänderten Form, oder ihrer Anhänge und Protokolle nicht einhält oder falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union führen oder aber falls die von anderen Ländern formulierten Vorbehalte das einwandfreie Funktionieren ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

96

*Original: Englisch***Für die Republik Kenia:**

Die Delegation der Republik Kenia erklärt, dass sie nach Kenntnisnahme der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedstaaten, in welcher Weise auch immer, nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die nachfolgend vorgenommenen Änderungen oder die Bestimmungen der Vollzugsordnungen, einschließlich der Anhänge und Protokolle dieser Urkunden, halten oder falls die von anderen Mitgliedern formulierten Vorbehalte ihre vollständigen Souveränitätsrechte oder das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldedienste der Republik Kenia beeinträchtigen.

En outre, la République du Kenya se réserve le droit de faire d'autres déclarations ou réserves spécifiques au moment du dépôt de la notification auprès de l'Union internationale des télécommunications de son consentement à être liée par les amendements à la Constitution et à la Convention et par les décisions adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

97

*Original: anglais***Pour la Jamaïque:**

Après avoir examiné les réserves et les déclarations reproduites dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la Jamaïque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals ou si les réserves formulées ultérieurement par un pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts de la Jamaïque. En outre, la Jamaïque se réserve le droit de formuler les réserves spécifiques appropriées qu'elle pourra juger nécessaires concernant les Actes finals adoptés par la présente Conférence jusqu'au dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

98

*Original: anglais/français/espagnol*

**Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Canada, la République de Chypre, la République de Croatie, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la République de Hongrie, l'Irlande, l'Islande, la Japon, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, Malte, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, la République slovaque, la République tchèque, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République de Serbie, la République de Slovénie, la Suède, la Confédération suisse et la Turquie:**

Les délégations des Etats susmentionnés se réfèrent à la déclaration faite par la République de Colombie (58), dans la mesure où cette déclaration et tout autre texte analogue se rapportent à la déclaration de Bogota en date du 3 décembre 1976, émise par les pays équatoriaux, ainsi qu'aux prétentions de ces pays à exercer des droits souverains sur certaines portions de l'orbite des satellites géostationnaires, et considèrent que ces prétentions ne peuvent être reconnues par la présente Conférence.

Les délégations susnommées tiennent également à déclarer que la référence, dans l'article 44 de la Constitution, à «la situation géographique de certains pays», ne vaut pas reconnaissance de la revendication de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

99

*Original: anglais***Pour la République fédérale démocratique d'Éthiopie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves reproduites dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de la République fédérale démocratique d'Éthiopie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où des membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève,

Darüber hinaus behält sich die Republik Kenia das Recht vor, zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Notifikation bei der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Jamaika ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die zu einem späteren Zeitpunkt von einem Land formulierten Vorbehalte die Interessen Jamaikas verletzen oder beeinträchtigen. Darüber hinaus behält sich Jamaika das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde ihr notwendig erscheinende, geeignete und spezifische Vorbehalte bezüglich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

97

*Original: Englisch***Für Jamaika:**

Nach Prüfung der Vorbehalte und Erklärungen in dem Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Jamaika ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die zu einem späteren Zeitpunkt von einem Land formulierten Vorbehalte die Interessen Jamaikas verletzen oder beeinträchtigen. Darüber hinaus behält sich Jamaika das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde ihr notwendig erscheinende, geeignete und spezifische Vorbehalte bezüglich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

98

*Original: Englisch/Französisch/Spanisch*

**Für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Kanada, die Republik Zypern, die Republik Kroatien, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, die Republik Ungarn, Irland, Island, Japan, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Norwegen, Neuseeland, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Republik Serbien, die Republik Slowenien, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:**

Die Delegationen der oben genannten Staaten nehmen Bezug auf die Erklärung der Republik Kolumbien (Nr. 58), insofern diese oder jeder andere entsprechende Text die von den Äquatorstaaten am 3. Dezember 1976 in Bogota abgegebene Erklärung betreffen, und auf den Anspruch dieser Länder, in bestimmten Teilen der Umlaufbahn geostationärer Satelliten ihre Souveränitätsrechte auszuüben, und sind der Ansicht, dass dieser Anspruch von dieser Konferenz nicht anerkannt werden kann.

Des Weiteren legen die oben genannten Delegationen Wert auf die Feststellung, dass die Bezugnahme auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Constitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Sonderrechten im geostationären Satelliten-Orbit bedeuten.

99

*Original: Englisch***Für die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz behält sich die Delegation der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) für ihre Regierung das Recht vor, für den Fall, dass andere Mitgliedstaaten der Union, in welcher Weise auch immer, gegen die Bestimmungen der Constitution und der Convention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in der von den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis

1992), telles qu'amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minneapolis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006), ou les dispositions de leurs annexes, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication/TIC.

La délégation éthiopienne réserve en outre à son Gouvernement le droit de ne pas être lié par des dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications susmentionnées qui pourraient porter atteinte à sa souveraineté et être en contradiction avec la Constitution, la Proclamation ou d'autres lois de la République fédérale démocratique d'Éthiopie.

100

*Original: anglais***Pour la Barbade:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves figurant dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation de la Barbade réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un pays ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals ou si les réserves formulées ultérieurement par un pays portaient préjudice ou atteinte aux intérêts de la Barbade. En outre, la Barbade se réserve le droit de formuler les réserves spécifiques appropriées qu'elle pourra juger nécessaires concernant les Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au dépôt de l'instrument de ratification pertinent.

101

*Original: anglais***Pour la République-Unie de Tanzanie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves figurant dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), la délégation de la République-Unie de Tanzanie réserve à son Administration le droit de prendre toutes mesures qu'elle pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un Etat Membre de l'Union ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les conditions énoncées dans les Actes finals, ou si les réserves formulées par un Etat Membre portaient préjudice au fonctionnement des services de télécommunication de la République-Unie de Tanzanie.

En outre, la République-Unie de Tanzanie se réserve le droit de formuler des déclarations ou des réserves spécifiques additionnelles au moment du dépôt de la notification, à l'Union internationale des télécommunications, de son consentement à être liée par les amendements à la Constitution et à la Convention et par les décisions adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

102

*Original: français***Pour le Burkina Faso:**

Après avoir examiné les déclarations figurant dans le Document 179 et en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), la délégation du Burkina Faso réserve à son Gouvernement le droit souverain de:

- 1 prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où un membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions desdits Actes et compromettrait di-

1998, Marrakesch 2002 und Antalya 2006) geänderten Form bzw. gegen die Bestimmungen aus ihren Zusätzen und Anhängen verstoßen oder dass die von anderen Ländern eingelegten Vorbehalte das ordnungsgemäße Funktionieren der Fernmelde-dienste/IKT beeinträchtigen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese für erforderlich hält, um ihre Interessen zu wahren und zu schützen.

Die äthiopische Regierung behält sich für ihre Regierung auch das Recht vor, sich nicht an die Bestimmungen der oben genannten Konstitution oder Konvention der Internationalen Fernmeldeunion gebunden zu fühlen, wenn diese ihre Souveränität beeinträchtigen und gegen die Verfassung, die Proclamation oder andere Gesetze der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien verstoßen.

100

*Original: Englisch***Für Barbados:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) behält die Delegation von Barbados ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, falls ein Land, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die zu einem späteren Zeitpunkt von einem Land formulierten Vorbehalte die Interessen von Barbados verletzen oder beeinträchtigen. Darüber hinaus behält sich Barbados das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der rechtserheblichen Ratifikationsurkunde ihr notwendig erscheinende, geeignete und spezifische Vorbehalte bezüglich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

101

*Original: Englisch***Für die Vereinigte Republik Tansania:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte in dem Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) behält die Delegation der Vereinigten Republik Tansania ihrer Verwaltung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Wahrung ihrer Interessen notwendig erscheinen, falls ein Mitgliedstaat der Union, in welcher Weise auch immer, die in den Schlussakten aufgeführten Bedingungen nicht beachtet oder falls die von einem Mitgliedstaat formulierten Vorbehalte das Funktionieren der Fernmeldedienste der Vereinigten Republik Tansania beeinträchtigen.

Darüber hinaus behält sich die Vereinigte Republik Tansania das Recht vor, zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Notifikation bei der Internationalen Fernmeldeunion, mit der sie ihre Zustimmung gibt, die Änderungen der Konstitution und der Konvention sowie die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) angenommenen Entscheidungen als für sich verbindlich anzusehen, zusätzliche spezifische Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

102

*Original: Französisch***Für Burkina Faso:**

Nach Prüfung der Erklärungen im Dokument 179 behält die Delegation von Burkina Faso bei der Unterzeichnung der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) ihrer Regierung das souveräne Recht vor,

- 1 alle für den Schutz ihrer nationalen Rechte und Interessen notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen zu ergreifen, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der genannten Schlussakten missachtet

rectement ou indirectement les réseaux et services de télécommunication ou mettrait en danger la souveraineté nationale;

- 2 formuler les réserves additionnelles qui s'imposeront jusqu'au moment du dépôt des instruments de ratification.

103

*Original: français***Pour la République islamique de Mauritanie:**

Ayant examiné les déclarations figurant dans le Document 179 de la Conférence, la délégation de la République islamique de Mauritanie à la dix-septième Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Antalya, 2006), en signant les Actes finals de ladite Conférence, réserve à son Gouvernement le droit souverain de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains membres de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes ou compromettraient le fonctionnement de ses services de télécommunication/technologies de l'information et de la communication, ou mettraient en danger la sécurité de la souveraineté nationale.

En outre, la République islamique de Mauritanie se réserve le droit de formuler toute réserve additionnelle qu'elle jugera nécessaire au sujet des Actes finals adoptés par la présente Conférence.

104

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

- 1 Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux déclarations faites par divers Etats Membres se réservant le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs éventuels amendements. Les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de prendre toute mesure qu'ils jugeront nécessaire pour protéger leurs intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.
- 2 Les Etats-Unis d'Amérique, prenant acte de la Déclaration 80 faite par la délégation de Cuba, rappellent qu'ils ont le droit d'émettre à destination de Cuba sur des fréquences appropriées exemptes de brouillages intentionnels ou illicites et réservent leurs droits en ce qui concerne les brouillages actuels ou futurs causés par Cuba à la radiodiffusion des Etats-Unis. En outre, les Etats-Unis d'Amérique font observer que leur présence à Guantánamo résulte d'un accord international actuellement en vigueur et qu'ils se réservent le droit de satisfaire à leurs besoins de radiocommunication sur cette partie du territoire cubain comme ils l'ont fait par le passé.

105

*Original: anglais***Pour la République de Trinité-et-Tobago:**

Après avoir examiné les réserves et les déclarations figurant dans le Document 179 de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006), la délégation de la République de Trinité-et-Tobago réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il jugera nécessaire pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où un membre de l'Union ne respecterait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'elles ont été amendées par les Conférences de plénipotentiaires (Kyoto, 1994, Minnea-

und die Fernmeldenetze und -dienste direkt oder indirekt beeinträchtigt oder die nationale Souveränität gefährdet;

- 2 bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zusätzliche notwendige Vorbehalte zu formulieren.

103

*Original: Französisch***Für die Islamische Republik Mauretanien:**

Nach Prüfung der Erklärungen im Dokument 179 der Konferenz behält die Delegation der Islamischen Republik Mauretanien bei der siebzehnten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Antalya 2006) mit der Unterzeichnung der Schlussakten der genannten Konferenz ihrer Regierung das souveräne Recht vor, alle für den Schutz ihrer nationalen Rechte und Interessen notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen zu ergreifen, falls bestimmte Mitglieder der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der genannten Schlussakten nicht einhalten oder das Funktionieren ihrer Fernmeldedienste/Informations- und Kommunikationstechnologien beeinträchtigen oder die nationale Souveränität gefährden.

Darüber hinaus behält sich die Islamische Republik Mauretanien das Recht vor, jeden ihr notwendig erscheinenden zusätzlichen Vorbehalt bezüglich der von dieser Konferenz angenommenen Schlussakten zu formulieren.

104

*Original: Englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

- 1 Die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen Bezug auf die Erklärungen verschiedener Mitgliedstaaten, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggf. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und eventueller Abänderungen ihre Interessen zu schützen. Die Vereinigten Staaten von Amerika behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich halten, um ihre Interessen zu schützen.
- 2 Bezugnehmend auf die von der Delegation Kubas abgegebene Erklärung 80 betonen die Vereinigten Staaten von Amerika ihr Recht, nach Kuba auf geeigneten und von absichtlichen oder illegalen Störungen freien Frequenzen zu senden, und behalten sich alle ihre Rechte in Bezug auf derzeitige oder künftige Störungen des Funkverkehrs der Vereinigten Staaten durch Kuba vor. Außerdem weisen die Vereinigten Staaten darauf hin, dass ihre Anwesenheit in Guantánamo durch einen derzeit geltenden internationalen Vertrag abgesichert ist und sie sich vorbehalten, in diesem Teil des kubanischen Hoheitsgebietes ihre Erfordernisse im Bereich des Funkverkehrs wie in der Vergangenheit weiter zu erfüllen.

105

*Original: Englisch***Für die Republik Trinidad und Tobago**

Nach Prüfung der im Dokument 179 der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) aufgeführten Vorbehalte und Erklärungen behält die Delegation der Republik Trinidad und Tobago ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für notwendig erachtet, falls ein Mitglied der Union, in welcher Weise auch immer, die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) in ihrer durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994, Minneapolis 1998, Marrakesch 2002

polis, 1998, Marrakech, 2002 et Antalya, 2006) ou les dispositions, annexes et Règlements administratifs qui y sont joints; ou si les conséquences des réserves formulées par d'autres Etats Membres compromettaient directement ou indirectement les services de télécommunication de Trinité-et-Tobago ou portaient atteinte aux droits souverains du pays.

La délégation de Trinité-et-Tobago réserve en outre à l'Etat et à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve ou de prendre toute autre mesure appropriée qu'ils pourront juger nécessaire, avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Antalya, 2006).

106

*Original: anglais*

**Pour le Danemark, les Etats-Unis d'Amérique, la France, le Japon, le Luxembourg, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République de Slovénie, la Suède:**

Les délégations des Etats susmentionnés se réfèrent aux déclarations faites par la République de Colombie (58), le Mexique (34) et l'Equateur (55), dans la mesure où ces déclarations et tout autre texte analogue se rapportent à la Déclaration de Bogota en date du 3 décembre 1976, émise par les pays équatoriaux, ainsi qu'aux prétentions de ces pays à exercer des droits souverains sur certaines portions de l'orbite des satellites géostationnaires, ou à toutes autres prétentions connexes, et considèrent que ces prétentions ne peuvent être reconnues par la présente Conférence.

Les délégations susnommées tiennent également à déclarer que la référence, dans l'article 44 de la Constitution, à «la situation géographique de certains pays», ne vaut pas reconnaissance de la revendication de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

107

*Original: anglais*

**Pour la République des Iles Marshall:**

La République des Iles Marshall se réfère aux déclarations faites par divers Etats Membres se réservant le droit de prendre toute mesure qu'ils pourront estimer nécessaire pour protéger leurs intérêts eu égard à l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs éventuels amendements. La République des Iles Marshall se réserve le droit de prendre toute mesure qu'elle jugera nécessaire pour protéger ses intérêts compte tenu des mesures prises par lesdits Etats Membres.

und Antalya 2006) geänderten Form oder die dazugehörigen Bestimmungen, Anhänge und Vollzugsordnungen nicht einhält, oder falls aufgrund der Auswirkungen von Vorbehalten anderer Mitgliedstaaten die Fernmeldedienste von Trinidad und Tobago direkt oder indirekt beeinträchtigt oder die souveränen Rechte des Landes gefährdet werden.

Die Delegation von Trinidad und Tobago behält darüber hinaus dem Staat und seiner Regierung das Recht vor, vor der Ratifikation der Schlussakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Antalya 2006) alle Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren oder alle geeigneten anderen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachten.

106

*Original: Englisch*

**Für Dänemark, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Japan, Luxemburg, das Königreich der Niederlande, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Republik Slowenien und Schweden:**

Die Delegationen der oben genannten Staaten nehmen Bezug auf die Erklärung der Republik Kolumbien (58), Mexikos (34) und Ecuadors (55), insoweit diese oder jeder andere entsprechende Text die von den Äquatorstaaten am 3. Dezember 1976 in Bogota abgegebene Erklärung betreffen, und auf den Anspruch dieser Länder, in bestimmten Teilen der Umlaufbahn geostationärer Satelliten ihre Souveränitätsrechte auszuüben, sowie auf alle weiteren damit verbundenen Ansprüche, und sind der Ansicht, dass diese Ansprüche von dieser Konferenz nicht anerkannt werden können.

Des Weiteren legen die oben genannten Delegationen Wert auf die Feststellung, dass die Bezugnahme auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Konstitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Sonderrechten im geostationären Satelliten-Orbit bedeuten.

107

*Original: Englisch*

**Für die Republik Marshallinseln:**

Die Republik Marshallinseln nimmt Bezug auf die Erklärung verschiedener Mitgliedstaaten, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen ggf. erforderlich erscheinen, um im Rahmen der Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und eventueller Abänderungen ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Republik Marshallinseln behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie angesichts der von den genannten Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen für erforderlich hält, um ihre Interessen zu schützen.

## Denkschrift

### A. Allgemeines

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossen und auf den Regierungskonferenzen am 14. Oktober 1994 in Kioto, am 6. November 1998 in Minneapolis, am 18. Oktober 2002 in Marrakesch sowie am 24. November 2006 in Antalya geändert wurden, regeln auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Telekommunikation und legen den für die internationalen Telekommunikationsdienste notwendigen Rahmen fest. Die Konstitution und die Konvention werden von den in der Internationalen Fernmeldeunion zusammengeschlossenen Mitgliedstaaten beschlossen. Die Union besteht seit 144 Jahren; Deutschland gehört zu den Gründungsländern. Die Internationale Fernmeldeunion, der zurzeit 191 Mitgliedstaaten angehören, ist heute eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Am 24. November 2006 haben die Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in Antalya eine Reihe von Änderungen der Konstitution und der Konvention beschlossen. Diese – von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten – Änderungen wurden auf der Basis der am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und ratifizierten Änderungen dieser Konstitution und Konvention sowie der am 14. Oktober 1994 in Kioto, der am 6. November 1998 in Minneapolis und der am 18. Oktober 2002 in Marrakesch beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls unterzeichneten und ratifizierten Änderungen dieser Konstitution und Konvention erarbeitet.

Gemäß des jeweiligen Teiles II der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Antalya 2006 beschlossenen Urkunden über die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, Genf 1992, der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kioto 1994, der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Minneapolis 1998 und der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Marrakesch 2002 beschlossenen Änderungen dieser Konstitution und Konvention treten die in Antalya vereinbarten Änderungen am 1. Januar 2008 zwischen den Mitgliedern der Union in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, Genf 1992, sind und die bis zu diesem Tage eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde bezüglich der in Antalya beschlossenen Änderungsurkunden hinterlegt haben. Für die übrigen Mitglieder – wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland – werden die Änderungen der Konstitution und der Konvention mit dem Tage der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Union wirksam.

Artikel 54 der Konstitution enthält Regelungen über die Verbindlichkeit der von den zuständigen weltweiten Funkkonferenzen und weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste angenommenen Vollzugsordnungen sowie über die vorläufige und endgültige Verbindlichkeit von ihnen revidierter Vollzugsordnungen.

### B. Besonderes

Die Änderungen der Konstitution und der Konvention Antalya (2006) betreffen vor allem folgende Punkte:

- Angesichts der modernen zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel wurde die Frequenz der weltweiten Funkkonferenzen und der Funkversammlungen von bisher alle zwei bis drei Jahre auf zukünftig alle drei bis vier Jahre verringert (Artikel 13 der Konstitution).
- Um den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten bei den Beratungen über die Finanzen der Union eine größere Planungssicherheit einzuräumen, werden die Mitgliedstaaten zukünftig vom Generalsekretär aufgefordert, nicht mehr spätestens eine Woche, sondern spätestens vier Wochen vor Beginn der Konferenz ihre vorläufig gewählte Beitragsklasse mitzuteilen (Artikel 28 Absatz 3<sup>bis</sup> Unterabsatz 2 der Konstitution).
- Um in Zukunft die Dauer der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten besser auf drei (bisher vier) Wochen begrenzen zu können, wurde der Termin, bis zu dem die Mitgliedstaaten ihre endgültige Wahl der Beitragsklasse bekannt geben müssen, von der vorletzten Woche der Konferenz auf den Montag der letzten Woche verlegt (Artikel 28 Absatz 3<sup>bis</sup> Unterabsatz 4 der Konstitution).
- Es wurde klargestellt, dass die Beschränkung auf nur eine Möglichkeit der Wiederwahl bei Wahlbeamten und bei Mitgliedern des Funkregulierungsausschusses unabhängig davon ist, ob die Wiederwahl unmittelbar auf ihre Amtszeit folgt. Für Wahlbeamte wurde weiterhin klargestellt, dass sich die Beschränkung der Wiederwahl nur auf dasselbe Amt bezieht. Gleiches gilt für die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses (Artikel 2 der Konvention).
- Die bessere Verknüpfung der strategischen, finanziellen und operationellen Planung innerhalb der Union erforderte eine Anpassung der Arbeitsweisen von Rat und Generalsekretariat. Zukünftig überprüft der Rat die Einnahmen und Ausgaben jährlich, um ggf. Anpassungen im Hinblick auf Entscheidungen der Regierungsbevollmächtigtenkonferenz vornehmen zu können (Artikel 4 Absatz 11 Unterabsatz 7 der Konvention). Der Entwurf des Zweijahresbudgets, welchen das Generalsekretariat vorbereitet, wird zukünftig nicht mehr auf den Budgets der drei Sektoren beruhen, sondern auf die Gesamtergebnisse für die Union ausgerichtet sein (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe q der Konvention).
- Um eine größere Transparenz für die Mitgliedstaaten zu erreichen, wird der Bericht über die Arbeit des Koordinierungsausschusses zukünftig allen Mitgliedstaaten – und nicht wie bisher nur den Mitgliedstaaten des Rates auf Verlangen – zur Verfügung gestellt (Artikel 6 Absatz 4 der Konvention).
- Größere finanzielle Flexibilität räumt die Einführung von zwei neuen Beitragsklassen (Artikel 33 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Konvention) und die Möglichkeit ein, dass der Rat eine Senkung der Zahl der ursprünglich gewählten Beitragseinheiten eines Sektormitgliedes unter außergewöhnlichen, nachgewiesenen Umständen genehmigen kann (Artikel 33 Absatz 4 Unterabsatz 5<sup>ter</sup> der Konvention).

**Anlage 2**

**Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates**

Der Nationale Normenkontrollrat hat das Regelungsvorhaben auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit dem Regelungsvorhaben werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Der Nationale Normenkontrollrat hat daher im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

